

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Nordatlantikpakt oder Mordatlantikpakt?

Ohne Maske

Vor dem Weißen Haus, in dessen Oval Office zur gleichen Zeit die noch nicht inthronisierten neuen Bonner Chefs Schröder und Fischer USA-Präsident Clinton ihr Festhalten an der Kohl'schen Außen- und Sicherheitspolitik beteuerten, forderten Aggressionsfanatiker: „NATO-Bomben auf Belgrad!“

Stuka-Bomben auf Guernica, Warschau, Rotterdam und Coventry hatte es hierzulande einst gegeben.

Wer hinter das „Geheimnis“ kommen will, wie heutzutage imperialistische Kriege in Szene gesetzt und vom Zaun gebrochen werden, der erhält seit Monaten eine Elementarschulung in unverhüllter Aggressionsvorbereitung. Eines „Zwischenfalls im Golf von Tongking“, mit dem 1964 noch die Bombardierung Nordvietnams „begründet“ werden mußte, bedarf es schon längst nicht mehr.

Von außen angeheizte innere Vorgänge in einem souveränen Staat - Serbien - genügen, um das NATO-„Recht auf Intervention“ einzufordern. Dabei hat der nun den Platz Saddam Husseins einnehmende derzeitige Lieblingsfeind, der jugoslawische „Postkommunist“ Slobodan Milosevic, nichts anderes getan, als einen von pro-imperialistischen Separatistenbanden mit offener Unterstützung des „Westens“ unternommenen Abtrennungsversuch in der mehrheitlich von Albanern besiedelten serbischen Provinz Kosovo zu vereiteln. Die Massenflucht von Dorfbewohnern war eine unmittelbare Folge der Kämpfe, die die

UCK-Terroristen angezettelt hatten. Bei Demonstrationen in der Gebietshauptstadt Pristina, die den „Freischärler-Aktionen“ der bis an die Zähne bewaffneten Banden vorausgegangen waren, hatte deren politischer Anhang schon vor Monaten USA-Flaggen geschwenkt und die NATO zum Eingreifen aufgefordert.

Seitdem haben Sender und Presse der BRD eine regelrechte Kriegspsychose geschürt.

Dabei wurde das „Untermenschen“-Bild der serbischen „Soldateska“, die im Kosovo gegen die wackeren Männer der „Befreiungsarmee“ wüte und vor Massakern an Frauen und Kindern nicht zurückschreckte, von den Medien unablässig in hoher Dosierung, gleichgeschaltet und

sprachgeregelt, verbreitet. Übrigens: Mit im Boot ist Papst Wojtyla. Nicht zufällig hat er gerade in diesen Tagen einen kroatischen Kriegsverbrecher-Kardinal, der einst die Ustascha-Henker Hunderttausender nicht „freiwillig“ zum römischen Glauben konvertierter Serben segnete, in Zagreb heiliggesprochen. Ein ungeheuerlicher Affront gegen das serbische Volk!

Teil der Kriegsvorbereitungen ist die Demontage der UNO. Immer mehr wird die Weltorganisation, in der einst das sowjetische „Njet“ den imperialistischen Hasardeuren kraftvoll in die Parade fuhr, als lächerlicher Hampelmann hingestellt, der „überholten“ Völkerrechtsprinzipien nachlaufe. Sind Chinesen und Russen im UN-

Fortsetzung auf Seite 2



Ohne Maske	S. 1
* NATO schürt Kriegsgefahr	
Reime von Peter Hacks	S. 2
Solidarität mit Rainer Rupp	S. 2
Erfolg in Dortmund	S. 3
* Kommunistin holt bestes Wahlergebnis für die PDS im Westen	
Henkel trocken	S. 4
* Über die Mär vom Machtwechsel	
Heinz Kamnitzer - Gedichte	S. 5
Sieg der Linken?	S. 6
* Rede der Stellv. DKP-Vors. B. Steiniger	
Beitrittsgebiet?	S. 7
DKP - ihre Politik, ihre Mitglieder	
Gemeinsam gegen Rechts!	S. 7
PDS-Kanzlerlob	S. 7
VMEG	S. 8
Ein Besuch im Hause Keßler	S. 9
SATI-Gift	S. 10
Kommunist erhält Nobelpreis	S. 10
Diskurs über Sozialismus	S. 11
Das Wesen des „Antistalinismus“	S. 11
Deutsch und stolz - worauf?	S. 13
Die Plage mit den „Antinationalen“	S. 14
75. Jahrestag des Hamburger Aufstands	S. 15
Bitte nichts weglassen!	S. 16
Zu China	S. 17
Reporterskizzen	S. 18
* Geflüster mit einer Nonne	
Madeleine for President	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Am Rande bemerkt	S. 23
Infos & Termine & Anzeigen	S. 24

Fortsetzung von Seite 1

Sicherheitsrat aus unterschiedlichen Gründen nicht „auf Linie“ zu bringen, muß die NATO eben ohne UNO-Mandat bomben. Deren mit Vollmachten zum Angriff auf Serbien ausgestatteter Generalsekretär, der spanische Sozialdemokrat Solana, ist nicht von Skrupeln geplagt. Vorerst hat ja der als „Unterhändler“ tätige Wall-Street-Bankier Holbrooke - wie es heißt - Milosevic zum „Einlenken“ gezwungen. Mit dem Revolver an der Schläfe mußte der serbische Präsident dem Einmarsch Tausender durch NATO-Truppen „geschützter“ Spione zustimmen, die sich als „Beobachter“ ausgeben. Doch kein erzwungenes Zugeständnis Belgrads ist den imperialistischen Erpressern groß genug. Erhalten sie einen Finger, fordern sie sofort die Hand, um dann den Arm und schließlich den ganzen Körper zu verlangen.

Die Lage ist nach wie vor äußerst kritisch. Werden morgen die Kinderkrippen von Belgrad, in denen sich Milosevics „rote Teufel“ versteckt halten, das Ziel der „sauberen“ NATO-Bomben sein?

Clinton, selbst kein „Falke“, steht das Wasser so am Hals, daß er zum Gefangenen der Scharfmacher seines eigenen Kabinetts, der Außenministerin Albright und des republikanischen Kriegsministers Cohen, geworden ist. Ihm bleibt nur noch das Abnicken und Verkünden der jeweils nächsten Aggressionsschritte.

Das Fehlen der Sowjetunion, der Verlust des Warschauer Paktes machen sich schmerzlich bemerkbar. Den Friedensfaktor, der Europa vier Jahrzehnte vor Kriegsbrand bewahrte, gibt es seit der Aufhebung des strategischen Gleichgewichts zwischen Sozialismus und Imperialismus nicht mehr. Eine kleine Reminiszenz. Bekanntlich traten in DDR und SED ab Mitte der 80er Jahre im Verein mit der SPD plötzlich Leute auf den Plan, die dem Imperialismus etwas völlig Artfremdes - nämlich Friedensfähigkeit - bescheinigen wollten. Sie hielten offenbar die Tatsache, daß einem permanent Kriege hervorbringenden System durch die Macht des sozialistischen Gegensystems in härtestem Klassenkampf Fesseln angelegt worden waren, für dessen selbstgezeugte Eigenschaft. Nun, da es die Fesseln nicht mehr gibt, wird das aggressive Wesen des Imperialismus wieder vor aller Augen sichtbar.

Der Extremisten-Forderung „Bombt Belgrad!“, deren militärische Exekution die NATO schlagartig aus einem Nordatlantikpakt in einen Mordatlantikpakt verwandeln würde, setzen wir Kommunisten unser solidarisches „Hände weg von Serbien!“ entgegen.

Geschrieben am 16. Oktober 1998.

Klaus Steiniger

Der Dichter und Dramatiker PETER HACKS hat dem „RotFuchs“ fünf Paarreime zugesandt, die wir an dieser Stelle mit großem Dank an den Autor veröffentlichen.

Der Imperialismus, ein Vampir

Das Vieh ist tot und bleibt und hört, allein
Weil es noch Blut säuft, nicht auf, tot zu sein.

Artenschutz

Der Mensch als Art, wenn er sein Recht begehrt,
Erscheint Bill Clinton wenig schützenswert.

Anzeige eines Aggressionsverbrechens

Der Kinkel läßt die Heere dieser Welt
Zum neuen Serbenmord aufs Amselfeld.

Looser

Die oft Gedroschnen beide, Rom und Wien,
Wollen auf Beute nach dem Balkan ziehn.

Tucholskys Übertreibung

Soldat, du bist so schlimm nicht, wie du schienst.
Du bist kein Mörder, oder nur im Dienst.

NATO in die Wall Street!

Ohne Dach über dem Kopf irren sie umher. Männer, Frauen und Kinder. Ihre genaue Zahl kennt niemand. Im ganzen Land sollen es etliche Zehntausend sein. Viele von ihnen wurden mit äußerster Brutalität aus ihren Häusern und Wohnungen gejagt. Nun droht der Winter über sie hereinzubrechen. Eine humanitäre Katastrophe bahnt sich an. Die Zeit drängt!

Die meisten sind ohne Lebensmittel. Ganz zu schweigen von medizinischer Versorgung. Suchen sie Hilfe, werden sie von den Vertretern des brutalen Systems bedroht oder gar mißhandelt. Ihr täglich Brot suchen sie sich aus Müllcontainern zusammen.

Sie kampieren nicht in den Wäldern des Kosovo, sondern in den Häuserruinen und

U-Bahnschächten großer amerikanischer Städte. Der kalten Witterung werden wieder viele zum Opfer fallen. Entsorgt werden sie in anonymen Massengräbern. Bei Obdachlosen ist das so üblich in New York.

Allerdings sind sie nicht Opfer einer ethnischen Säuberung. Ihr Fehler ist, daß sie kein Geld haben. Aber das hängt in Amerika wiederum nur allzu oft mit der Hautfarbe zusammen.

Die Weltgemeinschaft muß dieser Brutalität ein Ende setzen. Wenn nicht anders möglich, mit militärischer Gewalt. Notfalls muß die NATO auch ohne UNO-Mandat Wall Street bombardieren.

Rainer Rupp, JVA Saarbrücken,
geschrieben am 6. 10. 1998

Rupp in aller Ohren

Anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den Schriftsteller Martin Walser am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche hat der Laureat die Anwesenheit des politischen BRD-Establishment - des alten wie des neuen - dazu genutzt, auf die Unrechtmäßigkeit der fortgesetzten Inhaftierung unseres Autors, Freundes und Genossen Rainer Rupp hinzuweisen. Die gesamte Bundesprominenz - von Präsident Roman Herzog bis zum letzten Minister oder Ministeranwärter - mußte sich Walsers Ausführungen anhören. Der Fall Rainer Rupp ist damit in aller Ohren und läßt sich fortan nicht mehr unter den Teppich der Staatsbürokratie kehren. Damit beginnt eine neue Etappe bei den Bemühungen um die Amnestierung, Freilassung und Rehabilitierung Rainer Rups.

Wir rufen dazu auf, dem Gefangenen vom Lerchesflurweg noch tatkräftigere Solidarität zu erweisen. **RF**

Kommunistin erzielte das beste PDS-Ergebnis im Westen

Erfolg in Dortmund

Exklusiv-Interview mit Sahra Wagenknecht

Für die „RotFuchs“-Redaktion führte Genosse Hartwig Strohschein, Mitglied des Berliner Bezirksvorstandes der DKP, das folgende Interview mit der PDS-Direktkandidatin zu den Bundestagswahlen im Wahlkreis Dortmund-Mitte, Genossin Sahra Wagenknecht (Kommunistische Plattform)

Die Bundestagswahl liegt nun einige Wochen zurück. Uns freut, daß die Wähler dem erklärten Wunsch aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien, die PDS aus dem Rennen zu werfen, nicht gefolgt sind und sie als linke Oppositionskraft in Fraktionsstärke in dieses Gremium gewählt haben. Besondere Genugtuung empfinden wir darüber, daß Du als Kommunistin in Deinem Wahlkreis Dortmund-Mitte 3.469 Erststimmen (3,25 Prozent) erringen und damit das beste Erststimmenergebnis in der Alt-BRD und Westberlin sowie das beste Zweitstimmenergebnis im Land Nordrhein-Westfalen für die PDS erzielen konntest. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch.

Worauf führst Du diesen Erfolg in erster Linie zurück?

Zum einen haben wir sehr intensiv Wahlkampf gemacht. Ich war fünf Wochen im Juni/Juli und sieben Wochen in der heißen Wahlkampfphase ununterbrochen vor Ort und hatte zwei bis drei Termine täglich: Auftritte an Schulen, bei Gewerkschaften, im Dortmunder Arbeitslosenzentrum, sogar bei der SPD. Außerdem unzählige Info-Stände, um mit den Menschen direkt ins Gespräch zu kommen, was meist sehr gut funktionierte. Wir haben uns dabei vor allem auf die sozialen Themen konzentriert: Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Lohndumping. Natürlich habe ich die kapitalistischen Ursachen dieser Probleme nicht ausgeblendet. Durch die Resonanz habe ich immer wieder gespürt, wenn wir im Westen eine Chance haben, dann mit konsequent linken, antikapitalistischen Positionen, nicht mit Kompromißerei à la SPD. Wenn ich Schröders Politik kritisiert habe, hatte ich fast immer Beifall, selbst bei denen, die aus taktischen Gründen diesmal wohl noch SPD gewählt haben. Interessant ist, daß wir unsere besten Ergebnisse in den klassischen Arbeiter- (bzw. Arbeitslosen-) Vierteln erhalten haben. Ein solcher sozialer Brennpunkt ist beispielsweise die Dortmunder Innenstadt Nord, wo 24 Prozent offiziell als arbeitslos registriert sind und ca. 18 Prozent der Bewohner von Sozialhilfe leben. Dort hatte ich in vielen Wahllokalen

Erststimmenergebnisse zwischen sechs und sieben Prozent. Das zeigt, daß wir die Menschen erreicht haben und das freut mich besonders.



Sahra Wagenknecht

Kohl ist abgewählt. Die PDS ist mit der Forderung nach einem Politikwechsel angetreten. Wir meinen, daß der mit Gerhard Schröder ohne kräftigen Druck von links wohl nicht zu haben ist. Worin siehst Du die nächsten Aufgaben?

Es geht darum, den Gewinn an Akzeptanz, den das gute PDS-Wahlergebnis ausdrückt, jetzt auszubauen. Denn darin steckt auch ein Vertrauensvorschuß, den wir auf keinen Fall verspielen dürfen. Ich bin mir sicher, daß die PDS in erster Linie als sozialistische Oppositionspartei gewählt wurde. Sie wird identifiziert mit dem ehrlichen Engagement gegen asoziale Verhältnisse und die gnadenlose Umverteilung nach oben, welche die SPD längst mitträgt. Deshalb sollten wir uns wohl überlegen, ob wir uns in Mecklenburg-Vorpommern zum Juniorpartner einer SPD degradieren lassen, deren Politik sich von der der vorangegangenen Großen Koalition kaum unterscheiden wird. Ich denke, durch konsequente Oppositionsarbeit können wir soziale Zugeständnisse viel besser erzwingen. Das setzt natürlich voraus, daß sich auch außerhalb der Parlamente wesentlich mehr Widerstand entwickelt. Daran zu arbeiten, muß meines Erachtens die wichtigste Auf-

gabe in den nächsten Jahren sein. Wir müssen die Menschen motivieren, sich zu wehren, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, statt auf die „heilsame“ Politik einer rot-grünen Regierung zu warten, die nicht kommen wird. Aber das setzt voraus, über grundsätzliche Alternativen zu reden. Denn daß sich bisher so verdammt wenig Widerstand regt, liegt ja in erster Linie daran, daß viele bereits resigniert haben.

Was kann getan werden, um die Zusammenarbeit der Linken in Deutschland, aber auch in Europa zum Stopp der Rechtsentwicklung voranzubringen?

Ich denke, es ist ungeheuer wichtig, daß linke Kräfte, unabhängig von ihrer parteiichen Gebundenheit, zusammenarbeiten und versuchen, gemeinsam zu kämpfen. Das schließt Kommunisten, ob sie nun in PDS oder DKP organisiert sind, ebenso ein wie linke Grüne und linke Sozialdemokraten. Von letzteren habe ich in Dortmund mehr kennengelernt als ich, ehrlich gesagt, in der SPD noch erwartet hatte. Abgrenzung nach links, um sich für die Mitte hoffähig zu machen, ist die schlimmste Torheit, die Linke begehen können. Spä-

stens mit dem EURO wird es außerdem existentiell, daß Erfahrungen länderübergreifend ausgetauscht, daß über Grenzen hinweg Aktionen abgestimmt und koordiniert werden. Das gilt auch für gewerkschaftliche Kämpfe. Nur dann wird das Kapital nicht mehr in der Lage sein, die Beschäftigten der verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen. Das ist auch für den Kampf gegen rechts ganz wichtig. Die Politik der Herrschenden arbeitet gezielt daran, Sündenböcke aufzubauen. Der Unmut derer, denen es zunehmend schlechter geht, soll auf den noch Schwächeren abgelenkt werden: Auf den Menschen anderer Nationalität, auf den angeblich faulen Sozialhilfeempfänger. Damit die Wut der Betroffenen sich nicht auf die richtet, die tatsächlich von ihrer Misere profitieren. Das ist ein uralter Trick. Ganz klar, daß ein solches gesellschaftliches Klima neofaschistischen Kräften Rückenwind verschafft. Da ist auch nach deren rückläufigen Wahlergebnissen keine Entwarnung angesagt. Nur zeigt dieser Zusammenhang, daß konsequenter Antifaschismus kaum möglich ist, ohne über kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen zu reden.

(Das Interview fand am 10. Oktober 1998 statt)

Über die Mär vom Machtwechsel

Henkel trocken

Aus allen Kehlen und Kanälen tönt es seit dem 27. September: „MACHTWECHSEL!“ Machtwechsel?

Am 27. September 1998 um 22.30 Uhr suchte der Industriepäsident Hans Olaf Henkel den Wahlsieger Gerhard Schröder in der Bonner SPD-Baracke auf. Gerade hatte er sein Buch „Jetzt oder nie“ veröffentlicht – mit der Forderung nach Beibehaltung und Fortführung des Kohlschen Sozialabbaus, nach Abschaffung der Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetze. Wollte er nun dem sozialdemokratischen Wahlsieger den Dank der Industrie für dessen Wahllosung abstatten: „Wir wollen nicht alles anders machen, sondern vieles besser“?

Gregor Gysi jubelte am Wahltag: „Wir haben Deutschland ein Stück verändert!“ Die Börse aber reagierte auf den Wahlausgang mit stoischer Gelassenheit; fest davon überzeugt, daß sich die Verwertungsgewinne des Kapitals nicht zum Schlechteren verändern werden. Wo ist da ein „Stück Veränderung“? Wo auch nur die Spur eines „Machtwechsels“?

Oder einer „neuen Ära“? Oder einer „neuen Politik“? Es waren ganz gewöhnliche Wahlen in einer ganz gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie. Die Wähler haben nun vier Jahre Pause – bis zum nächsten Wahlzirkus mit Losungen und Schlagworten ohne jeglichen Inhalt. Ein paar neue Politiker machen inzwischen weiter wie bisher – nur „vieles besser“. Die Lenker haben die erschlafenen Pferde gewechselt. Eine alte Erfahrung wurde bestätigt: Wenn Wahlen wirklich etwas verändern würden, wären sie längst verboten ...

Aber eines hat die Abstimmung gezeigt: Die Uhren der Deutschen im Osten ticken anders als die im Westen. Schon in der rheinischen Familie meines kaisertreuen Vaters wurde dem Konrad Adenauer, den Erhard, Kiesinger, Brandt, Kohl und Schrödevorweggenommen: Hinter der Elbe beginnt Sibirien. Hintze, Rüge und ähnliche blieben dabei. Der Bürger-Bismarck Kohl allerdings ahnte wohl am Wahlabend: „Wir haben uns mehr auseinandergeliebt, als wir geglaubt haben“.

Zu späte Einsicht. Schon die vorgeblich „ersten freien Wahlen im Osten“ hatten Bonner Politiker aus Oggersheim, Altötting und Ostfriesland bestritten: Sie führten ihren Wahlkampf in der gerade annektierten DDR. Und die war gestern wie heute nicht „ehemalig“, sondern höchst gegenwärtig und liegt den Bonnern schwerer im Magen als zuvor. Kohls Wahlsprüche von den „blühenden Ländern“ stießen nun auf Hohngelächter, und seine von allen Pla-

katen herabschreiende „Weltklasse für Deutschland“ wurde im Osten einfach ausgeht.

Da sind seit 1989 Glücksritter über unser Land hergefallen und haben sich – mit Regierungsgewalt und Medienmacht im Rücken – an der angeblich „maroden SED-Wirtschaft“ gesundgetoßen, haben die DDR mit „Fördergeldern“, die über Umwege auf ihren Konten landeten, zum deutschen Südtalien gemacht, zum heruntergekommenen Osten. Was hilft ein flächendeckendes Telefonnetz (Kohls Wahlschlager), wenn beim Anruf das Arbeitsamt antwortet: Besetzt, keine Stelle frei! Was hilft der saubere Himmel über dem einst wirtschaftlich florierenden Chemiedreieck Bitterfeld-Leuna-Buna, wenn kein Schornstein mehr raucht, weil die Kombinate plattgemacht wurden? Wie heuchlerisch der Aufschrei über Jugendkriminalität und Neonazis, wenn es fast keine Klubhäuser mehr gibt und wenig Lehrstellen, aber eisige zwischenmenschliche Kälte? Wenn an die Stelle von Werten und Idealen die geistlosen Segnungen des Westfernsehens getreten sind?

Man darf ruhig einmal den sonst verlogenen, bei DDR-Themen haßerfüllten „Spiegel“ zitieren, der in banger Erwartung des Wahlergebnisses schrieb: „Längst hat sich bei vielen, die für immer ihre Werkhalle und ihr Büro verlassen mußten, Systemverdrossenheit breit gemacht ... Nur noch 23 Prozent der Ostdeutschen bewerten die Marktwirtschaft als positiv. Nur 30 Prozent der Ostdeutschen glauben, daß sich die Probleme Deutschlands mit der Demokratie lösen lassen.“

Wohl gemerkt, es ist gut, daß Kohl vom Fenster weg ist. Es ist gut, daß (noch) keine Neonazis im Bonner Parlament sitzen. Es ist gut, wenn Gysi und die Seinen im Bundestag den Mund aufmachen können und volle parlamentarische Rechte erhalten.

Aber schwanken zwischen Unterstützung der neuen Koalition und Opposition, zwischen klarem Widerstand und Teilhabe an der unmenschlichen Volksfeindlichkeit des Kapitalismus? Eine wohlkalkulierte Tolerierung mag hier und da zuträglich sein, Grundsätzliches bringt sie nicht. Wer könnte daran zweifeln, daß der pure Kapitalismus unter Schröder die Ausbeutung weiter verschärft? Sollte die Kriegslüsterheit des ungebrochenen deutschen Imperialismus mit Rüge und Kinkel vom Tisch sein? Wird eine neue Bundestagsmehrheit etwa Kriegskredite und Kriegshandlungen verweigern? Lautet die Parole nun Frieden für Kosovo oder – wie zu Kaisers Zeiten – „Serbien muß sterben“?

Da tut Opposition Not, nicht Kooperation oder Anpassung. Wahrheit und Klarheit sind mehr denn je geboten – und in aller Vollständigkeit. Was soll Lothar Biskys kühne Wahlessenz „Mit einer links-sozialistischen Partei neben der Sozialdemokratie ist die Bundesrepublik Deutschland endlich in westeuropäischer Normalität angekommen!“? Das triumphale Ausrufungszeichen stammt vom Vorsitzenden der PDS. Wer ist wo angekommen? NATO, EU, EURO, MAI: In dieser westeuropäischen „Normalität“ ist man gelandet. Schluß mit der törichtesten Frage: Was haben wir in der DDR falsch gemacht? Was haben wir richtig gemacht – so muß gefragt werden. Dann kommt dabei ein ganz anderes DDR-Bild heraus als das heute „normale“ Zerrbild. Es gibt da nämlich nichts zu entschuldigen.

Im Grunde ist es ganz einfach. Das „S“ in PDS soll Sozialismus bedeuten, das „K“ in DKP Kommunismus. Sozialismus geht nicht ohne das kommunistische Ziel. „Eine bessere Politik“, eine „gerechtere Gesellschaft“ und eine „soziale Republik“ hat die PDS im Wahlkampf gefordert. Doch sie hat auch manches „vergessen“. Gregor Gysi ist gewiß ein guter Agitator, er war auch ein guter Wahlkämpfer. Aber wenn er einst im Parteilehrjahr seiner SED-Gruppe besser aufgepaßt hätte, wäre ihm Lenins „Staat und Revolution“ nicht entfallen. Und die Erinnerung an „Was tun?“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, „Zwei Taktiken“. Auch die Rückbesinnung auf „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, „Aprilthesen“ oder „Der linke Radikalismus“ würden Gysi, Bisky und andere in Fragen „Macht“, „Staat“, „Gewalt“, „Demokratie“ oder „Bündnispolitik“ günstiger aussehen lassen. Die „bessere Politik“, eine „gerechtere Gesellschaft“ und eine „soziale Republik“ gab es nämlich schon: In der Deutschen Demokratischen Republik. Da herrschten nicht – im Trockenen sitzend und wohlbehütet wie in der BRD – Leute vom Schlage eines Hans Olaf Henkel! Da waren konsequente Friedenspolitik und soziale Gerechtigkeit zum ersten Mal in Deutschland erklärtes und praktiziertes Regierungsprogramm. Wie aber soll es in Deutschland zum Sozialismus kommen, wenn wir und unsere Kinder und Enkel nicht das Erfahrungskapital DDR einbringen, mit allen Fortschritten und Erfolgen (und dabei auch Schwächen, Fehler und Unterlassungen berücksichtigend)! Wie soll das etwas werden – ohne Klassenkampf, ohne die ständige Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind! Vielleicht mit Entschuldigungen und Anbiederei? Wenn der Wahlausgang etwas bringen soll: Die Stunde der Wahrheit muß schlagen!

Karl-Eduard von Schnitzler

HEINZ KAMNITZER

Das Nadelöhr

Der Partei
Ist
Ein grosser Wurf
Gelungen
Sie hat
Zum ersten Mal
In der Geschichte
Herausgefunden

Wenn man
Die Reichen
Um Haaresbreite
Verdünn
Gehen sie durch
Ein Nadelöhr
Bestimmt

Wenn sie
Einen Almosen
Übrig haben
Für Leute
Die darben
Kommen sie
Sogleich
Ins Himmelreich

Dieser Lohn
Winkt ihnen
Schon
Wenn sie
Viel besitzen
Auf Erden
Weil Lasttiere
Für sie schwitzen
Und ihre
Gewinne
Mehren

Die Partei
Bittet
Untertänigst
Um Absolution
Sie habe versäumt
Klarzumachen
Wie herrlich
Die Situation
Im neuen Reich
Wo Pfeffersäcke
Und Habenichtse
Alle gleich

Es bleibt dabei
Die Partei
Die Partei
Hat immer recht
Vor allem
Wenn sie preist
Die Harmonie
Zwischen Herrn
Und Knecht
Darum reitet
Den Elefanten
Dieweil
Der Löwe
Seine Beute
Macht
Wir werden
Den Herrscher
Der Wüste
Schon
Bändigen

Abgemacht!

Doch
Ein Gedanke
Mich erschreckt
Falls
Ihr euch irrt
Habt ihr
Wieder
Umsonst geleck

Die Kröte

Mit
Seiner
Prinz Heinrich
Mütze
In der Hand
Stand
Der kleine Mann
Vor
Den Palästen
In Mainhattan

Er bat
Um eine milde Gabe
Man habe
Ist die Bitte
Ein wenig mehr
Erbarmen
Mit den Armen

Nicht
Immer nur
Von oben
Nach unten
Die Lasten
Verteilen
Auch
An die Leute
Denken
Bisweilen

Dafür
Versichert er
Bleiben
Besitz und Gewinn
In
Den alten Händen
Wenn sie sich
Der Partei
Zuwenden

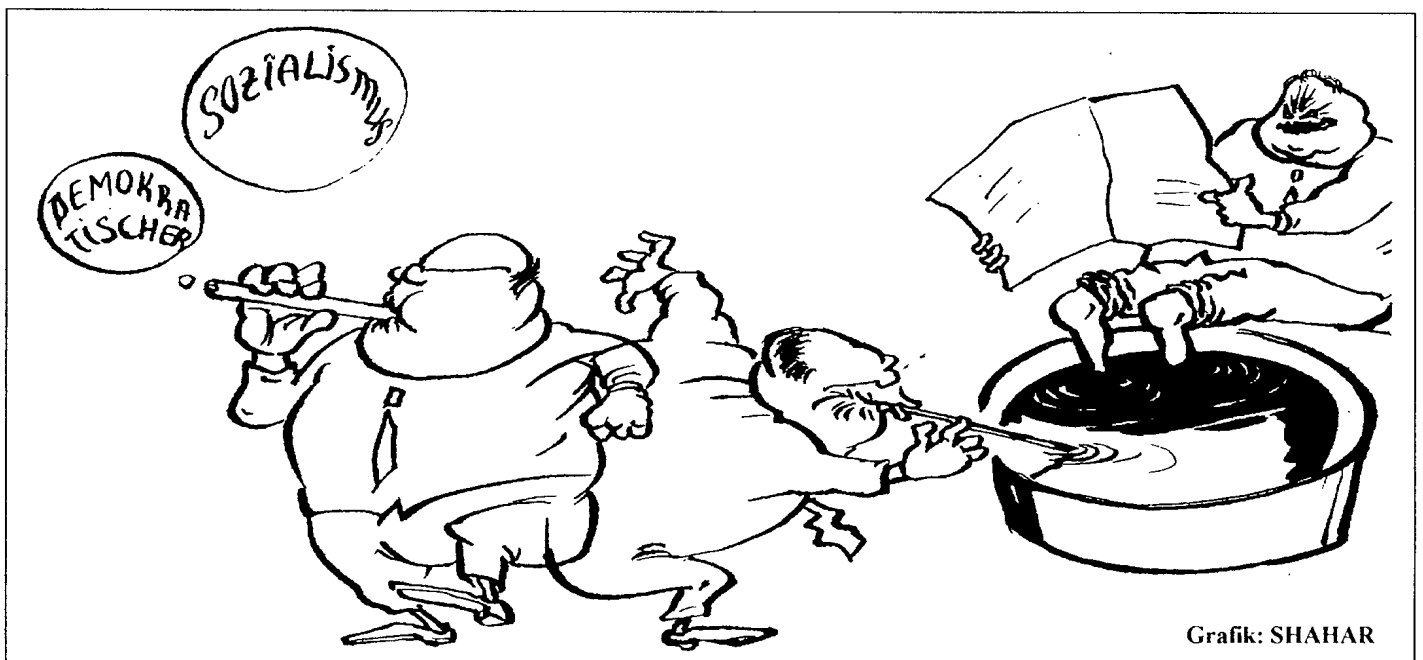
Er
Will ihnen
Keineswegs
An die große Wäsche
Nur einige Abgaben
Für kurze Frist
Sind aus
Der Portokasse
Zu zahlen
Mehr nicht

Man werde damit
Vor allem
Finanzieren
Wo sie fürchten
Ihr Geld
Zu verlieren

Mit
Solchen Mätzchen
Bändigt man
Niemals
Die Reichen
Sondern
Verspielt
Das Vertrauen
Auf diese Partei
Zu bauen

Selbst
Wer ihr wohl will
Wird die Kröte
Nicht schlucken
Sondern wieder
Ausspucken

**Vorabdruck aus dem
demnächst im GNN
Verlag erscheinenden Buch
Furcht und Liebe
im neuen Reich**



Bruni Steiniger, stellvertretende DKP-Vorsitzende

Sieg der Linken?

Aus einer Rede auf dem Parteiaktiv Nord-Bayern am 17.10.1998

Am 27. September sind die konkreten taktischen Ziele der Gegner des rechtskonservativen Kohl-Regimes erreicht worden. Die Regierung aus CDU/CSU und FDP ist durch den Wählerwillen gefallen. Die Akzentsetzung der DKP, alle Anstrengungen auf die Niederlage der herrschenden politischen Formationen des deutschen Monopolkapitals zu konzentrieren, war richtig.

Was sind die aus meiner Sicht wichtigsten Ergebnisse?

1. Der deutsche Imperialismus hat eine Niederlage erlitten und muß seine Kräfte umgruppieren. Das rechtskonservative politische Establishment wird durch das sozialreformistische Establishment ersetzt.

2. Die PDS - eine auf der Führungsebene reformistische Partei, in deren Reihen sich nicht wenige Sozialisten und Kommunisten befinden - ist mit Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen.

Beides bewerten wir positiv. Mehr war nicht erreichbar.

3. Eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die ihre Prinzipien nicht aufgibt und auf Anpassung verzichtet, hat unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kräfteverhältnisses in Deutschland vorerst keine Chance, parlamentarische Erfolge auf zentraler Ebene zu erringen. Ihr Feld bleibt in erster Linie das Mitwirken bei der Erzeugung außerparlamentarischen Drucks.

Ist das Ergebnis vom 27. September ein Sieg der Linken? Ein Machtwechsel? Ein Neuverteilen der Karten? Um einen Sieg der Linken handelt es sich nicht!

Strategisch und machtpolitisch hat sich in Deutschland kaum etwas geändert.

Die SPD steht zwar „links“ von der CDU, ist aber keine Partei der politischen Linken, auch wenn sich in ihren Reihen nicht wenige Mitglieder als Linke sehen und linke Ideale bewahren.

Die Grünen haben sich längst in eine etablierte Partei mit verschiedenen Strömungen verwandelt, wobei der rechte Flügel dominiert. Einziges Ziel ist das Mitregieren. Dafür werden alle scheinbaren Prinzipien geopfert. Fischer ist de facto ein Mann der SPD.

Im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus ist nicht mehr als ein Pferdewechsel denkbar. Die mächtigsten Leute in der BRD bleiben Hans-Olaf Henkel und seine Riege der Unternehmerbosse.

Es gibt neue Gesichter, graduelle Unterschiede, Änderungen im Stil und Habitus, aber keinen wirklichen Politikwechsel. Er setzte Veränderungen in den Machtstrukturen voraus. Politik ist immer nur eine Widerspie-

gelung der ökonomischen Verhältnisse.

Es zeichnet sich bereits ab, daß mit der neuen Regierung die alte Politik auf entscheidenden Feldern in anderer Form wieder angeboten wird. (Außen- und Verteidigungspolitik, Innere Sicherheit, Kern der Wirtschaftspolitik) Ein deutliches Signal war das Ja zur NATO-Aggression im Kosovo. In der Sozialpolitik werden einige neue Akzente gesetzt.

Einen wirklich alternativen Kurs gibt es unter dem Imperialismus nicht.

Schröder ist ein Mann des Kapitals. Er hat mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun. Die SPD-Spitze verwirklicht eine Politik, wie sie in den USA die Führer der Demokratischen Partei durchsetzen: Zweiparteiensystem, regelmäßiges Wechselbad, Wettstreit in der Einbahnstraße.

Dennoch ist das erreichte Ergebnis ein Gradmesser für den Stimmungswandel in der Bevölkerung, die Kohl mehrheitlich nicht mehr wollte und in Bezug auf Schröder Illusionen hegt, mit ihm werde manches anders. Dabei könnten sich Ansätze für ein weiteres politisches Erwachen ergeben, sobald die Wähler den Kurs der SPD und der Grünen zu durchschauen beginnen.

Er kann aber auch einen anderen Reflex auslösen und zu einer erneuten Aktivierung des rechtsradikalen Spektrums als selbständiger Kraft führen. Diesmal wurde es von CDU und CSU weitgehend absorbiert.

Der Einzug einer PDS-Fraktion in den Bundestag ist ein bemerkenswerter Vorgang. Er verschafft dieser Partei „links von der SPD“ günstigere Bedingungen, im Parlament aktiv zu werden. Die PDS ist eine Partei, die auf den „friedlichen“ parlamentarischen Weg setzt, der angeblich irgendwann und ohne revolutionären Bruch zum „demokratischen Sozialismus“ führen soll. Sie hat den Wahlkampf nicht nur im Zeichen der Gegnerschaft zu den herrschenden politischen Kräften ausgetragen, sondern sich auch inhaltlich der Sozialdemokratie weiter angenähert. Das Herzstück ihrer Anpassungsstrategie war die gezielte Distanzierung von der DDR, die permanente und würdelose Entschuldigung für angebliche Verbrechen von DDR und SED beim Klassenfeind. Nur zwei Tage vor der Wahl veröffentlichte „Neues Deutschland“ eine ganze Seite mit Zitaten aus Reden führender PDS-Politiker und Auszügen aus Dokumenten der Partei, durch die nachgewiesen werden sollte, daß die PDS mit der SED endgültig und vollständig gebrochen habe. Nunmehr ist die PDS sogar dazu bereit, unter Schmähung von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl den SPD-Terminus von der sogenannten Zwangsvereinigung beider Arbeiterparteien zu übernehmen. Das neue PDS-Programm, dessen Ausarbeitung schon vor und dann noch einmal unmittelbar nach den Wahlen ange-

kündigt wurde, dürfte den Prozeß der Umwandlung der PDS in eine linkssozialdemokratische Partei abschließen.

Diese Linie hat der PDS einerseits die Tür zu bestimmten neuen Wählerschichten aufgestoßen. Sie führte andererseits in sämtlichen Stadtbezirken Ostberlins und besonders in den Hochburgen zu Einbrüchen. Hier verlor die PDS - trotz der Behauptung ihrer vier Direktmandate - bei den Zweitstimmen in einzelnen Stadtbezirken bis zu einem Drittel ihres Anteils.

Wie weiter?

1. Die DKP muß unmißverständlich in Opposition zu dieser Regierung stehen, was natürlich nicht bedeutet, daß sie jede von deren Maßnahmen zu attackieren oder zurückzuweisen hat. Vernünftige Schritte wird sie als solche werten. Es muß aber unter uns völlige Klarheit darüber herrschen, daß es sich bei der Schröder/Fischer-Regierung um eine Variante der Machtausübung durch das Monopolkapital handelt, bei der zur Massentäuschung die reformistische Platte aufgelegt worden ist. Dabei darf man von Beginn an keinerlei Illusionen aufkommen lassen.

2. Der Druck des Reformismus auf die Arbeiterbewegung wird sich im Ergebnis der Septemberwahlen verstärken. Während bestimmte DGB-Führer Burgfrieden mit dem Kapital im Interesse des „eilvernehmlichen Regierens“ verkünden, wächst andererseits unter Gewerkschaften die Vorstellung, mit dieser Regierung mehr für die Arbeiter durchsetzen können. (Lohnforderungen der IG Metall) Daraus ergeben sich sowohl illusorische Auffassungen als auch Möglichkeiten für die Aufdeckung des Klassencharakters der Macht.

3. Die DKP kämpft gegen die ihre Rückkehr an die Regierung betreibenden Kräfte aus CDU/CSU und FDP sowie gegen die Klassenverratspolitik der SPD-Führer. Dabei muß der Hauptstoß nach wie vor gegen den rechtskonservativen Flügel des politischen Establishments gerichtet werden, der - zum Beispiel in Gestalt des unkündbaren und daher übernommenen Beamtenapparats der Ministerien - mit dem Einzug von Kabinettsmitgliedern der SPD und der Grünen keineswegs ausgeschaltet wurde.

4. Die Beziehungen zur PDS sind von besonderer Bedeutung. Wir betrachten sie auch weiterhin als wichtigen potentiellen und realen Bündnispartner. Dabei darf es aus meiner Sicht kein ideologisches Zurückweichen vor reformistischen Konzeptionen geben. Auf der anderen Seite werden wir der PDS-Bundestagsfraktion bei allen Aktivitäten, die der Sache des Antifaschismus und des Friedens dienen und die im Interesse der Bürger liegen, unsere Unterstützung geben.

Die Wahlen vom 27. September waren ein Schlag ins Kontor des deutschen Imperialismus. Er muß und wird jetzt neue Lösungen suchen. Für uns Kommunisten bleibt der Gegner der selbe. Wir stehen für Klassenkampf und Klassensolidarität, gegen Anpassung und Unterwerfung! □

„Beitrittsgebiet“?

In der Mitgliederversammlung der DKP Nordost am 22. September meldete sich eine als Gast anwesende Genossin aus einer anderen Berliner Gruppe zu Wort und trug folgende Meinung vor: Jene Genossen, welche an die vor fünf Jahren begonnene Verwandlung der DKP aus einer originär westdeutschen in eine gesamtdeutsche Partei die Vorstellung geknüpft hätten, das Einfließen von SED- und DDR-Erfahrungen werde die Partei selbst verändern, wären von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die DKP sei vielmehr eine bereits „fertige Partei“ mit Programm und Statut gewesen, der man lediglich habe beitreten können.

Diese Auffassung rief Verwunderung hervor, ist doch der Standpunkt der meisten ostdeutschen DKP-Mitglieder seit deren 2. Regionalberatung im Herbst 1995 hinlänglich bekannt. Er wurde übrigens in diesem Jahr auf dem 14. Parteitag in Hannover noch einmal von der stellvertretenden Parteivorsitzenden Bruni Steiniger unterstrichen. Um was geht es?

Niemand will an den programmatischen Grundlagen der DKP rütteln. Alle haben - anders als bei dem unausgereiften und von den Parteitagsdelegierten deshalb auch nur als „Arbeits- und Diskussionsmaterial“ bestätigten Sozialismuspapier - dem Statut und den Programmatischen Thesen von Mannheim zugestimmt, die 1993 den in der innerparteilichen Debatte erreichten Stand ausdrückten.

Doch die dort ebenfalls beschlossene gesamtdeutsche Orientierung der DKP schuf zugleich eine völlig neue Situation: Sie wird durch das Aufeinanderprallen und allmähliche Zusammenfließen zweier gänzlich unterschiedlicher kommunistischer Erfahrungsströme - langjähriger Kampf gegen

die Macht des Kapitals auf der einen, vierzigjährige Arbeit für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf der anderen Seite - gekennzeichnet. Daraus ergibt sich die historisch fast einmalige Chance - allein in Vietnam bestand eine ähnliche Lage - des Entstehens einer neuen politischen „Legierung“, die aufgrund des weiten Spektrums von ihr aufgenommener Erfahrungen jede nur „westlich“ oder nur „östlich“ geprägte Partei übertrifft. Unter anfänglichen Reibungen entwickelt sich im Verlauf eines längeren Prozesses eine qualitativ veränderte DKP.

Dieses marxistisch-leninistische Herangehen an die Parteifrage hat zur Voraussetzung, daß von jeder Seite alles vermieden wird, was dem Grundsatz der absoluten Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Beteiligten widerspricht und den Eindruck von Knopfdruck, Vereinnahmung oder Überstülpen erzeugen könnte. Beim weiteren freiwilligen und bewußten Zusammenwachsen der Kommunisten aus Ost und West müssen beide Seiten ein hohes Maß an Bereitschaft und Solidarität, aber auch an Takt und Fingerspitzengefühl beweisen. Mit Recht sind die Genossinnen und Genossen auf ihre jeweiligen politischen Biographien - gleich ob in DKP, SEW oder SED - stolz.

Daher wäre es der weiteren DKP-Ausdehnung auf früherem DDR-Gebiet abträglich, wenn auch nur ein Anflug des Eindrucks entstehen würde, der Osten sei bloßes „Beitrittsgebiet“. Diese Art von Ideologie ist ja von anderen Parteien hinlänglich bekannt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die DKP einen solchen Stil weder praktiziert noch billigt.

S.R.

Fritz Teppich kommentiert:

PDS-Kanzlerlob

Möglichst der PDS kein Futter geben, lautete die Devise aller anderen Parteien im Wahlkampf: Der einzigen Partei, die, weil sich auf Sozialismus berufend, einen anderen Weg aufzeigen könnte. Könnte. Doch sie propagiert „Ankommen“ in der gerade in's Trudeln geratenden hochkapitalistischen Bundesrepublik. Taktik? Wohl kaum. Einige parteibeherrschende Auserwählte nehmen soeben die gleichen Stufen, die vor ihnen einst aufmüpfige Grüne genommen hatten, bis hinauf in wohlige Sphären. Dabei müßten PDS-Spitzen wissen, daß im 2. Jahrtausend allein durch Abschütteln aller Maximal-Profitstrukturen der Karren aus dem Sumpf zu ziehen wäre, nie mittels Kosmetik.

Hört man recht? Ja, nach Schröder hat nun

auch G. G. den Ex gelobt, nur wenige Takte Kritik dazwischen: „Kohl war und ist Europäer, der durchaus Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen hat ... vermied größere Konflikte ... ein Nichtintellektueller ... kann durchaus regieren und dabei Maß bewahren...“ So im ND am 2. Oktober 1998, Seite 3, nachdem die scheidende Kohl-Mannschaft gerade noch rasch 14 Tornado-Kampfbomber für den Einsatz gegen das NS-gemarterte Jugoslawien freigegeben hatte.

Sieht der intelligente Gysi nicht, daß sich über Massenarbeitslosigkeit und Finanzkrisen im gelobten Westen am Ende der Ära Kohl-Kinkel noch bedeutend Gravierenderes ankündigt? Die Systemkrise!

Aus „Ex-Trakt“, Nr. 7, Oktober 1998

Wichtige Kommunalbeschlüsse in Berlin-Nordost

Gemeinsam gegen Rechts!



Auf Antrag von vier Bezirksverordneten der PDS - unter ihnen Fraktionsvorsitzender Dr. Martin Dressel und unsere 1995 auf der Offenen Liste der PDS gewählte DKP-Genossin Ingeborg Lohse-

Geserick - hat die BVV Berlin-Weißensee am 23. September 1998 mit sämtlichen Stimmen gegen das Einzelvotum einer CDU-Vertreterin eine politische Entscheidung von großer Wichtigkeit getroffen. Das Bezirksparlament beschloß, das Bezirksamt zu ersuchen, „Parteien und sonstigen Vereinigungen, die rassistisches und fremdenfeindliches Gedankengut vertreten und verbreiten oder zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt aufrufen, keinerlei Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen“. Zugleich appellierte die Bezirks-verordnetenversammlung an alle Weißenseer Gewerbetreibenden und Vermieter von Räumlichkeiten und Plätzen, „sich diesem Anliegen anzuschließen und solchen Parteien und sonstigen Vereinigungen keinerlei Plattform im Bezirk zu bieten.“

Der PDS-Antrag war damit begründet worden, daß der DVU-Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt offensichtlich auch andere rechtsextremistische Parteien und Gruppen zu verstärkter Aktivität ermuntert habe, was an deren aggressiver Plakatierung während des Wahlkampfes erkennbar geworden sei. Man habe mit bei der hitlerfaschistischen NSDAP entliehenen ausländerfeindlichen und chauvinistischen Parolen Einfluß auf die Bevölkerung zu nehmen gesucht. Die Hetzlosungen und Argumentationsmuster seien grundgesetzwidrig und verstießen gegen völkerrechtliche Verpflichtungen, die die Bundesrepublik eingegangen sei.

Der mit den Stimmen aller Fraktionen abzüglich der erwähnten Ausnahme gefaßte Beschluß der BVV Weißensee zeugt von kommunalpolitischem Verantwortungsgefühl und widerspiegelt zugleich die Möglichkeit, breite parteiübergreifende Bündnisse gegen die faschistisch-rechtsextremistischen Kräfte - die politische Reserve des Kapitals für den „Ernstfall“ - herbeizuführen.

Die DKP Nordost beglückwünscht die PDS Weißensee zu ihrer Antragsinitiative und bringt ihre Genugtuung über das Abstimmungsverhalten der BVV-Mitglieder zum Ausdruck.

Auch in Pankow und Hohenschönhausen - zwei weiteren Nordostberliner Stadtbezirken - wurden ähnliche Beschlüsse gefaßt.

RF

Stellt sich dem Eiswind entgegen:

VMEG

In der DDR war der Besitz eines Grundstücks durchaus kein Privileg und schon gar nicht vom Geldbeutel abhängig. Nach Schätzungen haben zwei Drittel aller Familien eins genutzt, sei es als Pachtland, als Eigentümer oder im Rahmen von Gemeinschaften des VKSK. Großzügig wurden Flächen für Erholungsgrundstücke und kleingärtnerische Zwecke oder zum Bau von Eigenheimen für geringe, oft nur symbolische Entgelte zur Verfügung gestellt. Ich selbst hatte einige Jahre ein 328 qm-Grundstück gepachtet, für dessen Nutzung ich jährlich 11 Mark an den damals volkseigenen Verwalter zahlte.

Die Grundstücksnutzung war in diesem Umfang nur möglich, weil die Bodenpreise staatlich festgelegt, der Spekulation die Grundlage entzogen und die Ansammlung von Flächen über den Eigenbedarf hinaus unterbunden waren.

Dem Eiswind der Wiedervereinigung mit der kapitalistischen Bodenbewirtschaftung konnte diese Idylle natürlich nicht standhalten. Allein das von der Kohl-Regierung entwickelte und jahrelang mit aller Brutalität durchgesetzte Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ führte zur Vertreibung unzähliger Familien von ihren meist jahrzehntelang redlich bewirtschafteten Grundstücken. Diese und andere Auswirkungen des Übergangs zur „Marktwirtschaft“ in der Grundstücksnutzung forderten massive Proteste der Betroffenen heraus und führten u.a. zur Gründung eines „Vereins der Märkischen Eigenheim- und Grundstücksbesitzer e.V. (VMEG) in Ostberlin; Mitglied können laut Satzung nur Personen werden, „die ihren ständigen Wohnsitz im Beitrittsgebiet haben und keinen Rückübertragungsanspruch verfolgen“. Die Aufnahme anderer Personen erfordert einen Vorstandsbeschluss mit Zweidrittel-Mehrheit. Inzwischen haben sich dem Verein, der immer breitere Akzeptanz findet, rund 10.000 Menschen fast aller politischen Richtungen angeschlossen.

In den wenigen Jahren seines Bestehens konnte der VMEG bereits respektable Ergebnisse bei der Vertretung der Interessen seiner Mitglieder verbuchen. So wurden z.B. für die sogenannten Modrow-Käufer nach harten Auseinandersetzungen Lösungswege gefunden, die den etwa 300.000 betroffenen Familien das Verbleiben in ihren Häusern gestatten. Hier handelt es sich generell um persönliches Eigentum an Einfamilienhäusern, die in der DDR auf volkseigenem Land errichtet wurden. Da jedoch die Trennung vom Eigentum an Grund und Boden einerseits und dem darauf errichteten Gebäude andererseits nach BRD-Recht nicht zulässig ist, wurde von der Modrow-

Regierung vorausschauend die Möglichkeit geschaffen, daß die Betroffenen das Land noch zu DDR-Preisen kaufen konnten. Nach dem 3. Oktober 1990 löste das bei den neuen Kommunalverwaltungen rege Betriebsamkeit aus. Gewisse Medien führten eine jahrelange Kampagne, die auch vor persönlichen Verleumdungen von „Modrow-Käufern“ nicht zurückschreckte und ihnen oftmals „unredlichen Erwerb“ oder „politische Künsteleien“ unterstellte. Der VMEG stemmte sich dem entgegen. Im Interesse Hundertausender handelnd organisierte er zahlreiche Versammlungen mit einer großen Zahl von Teilnehmern; dort erklärten sich Abgeordnete, Politiker, namhafte Juristen und hohe Beamte. Mehr als 50.000 Menschen wurden vom Verein individuell beraten. Auf allen Ebenen warb der VMEG um Verständnis und konnte schließlich in zähem Ringen akzeptable Kompromisse durchsetzen.

Unterdessen erlangen andere Tätigkeitsfelder der Organisation immer mehr Gewicht: die Abwehr von unzumutbaren Belastungen aufgrund der hohen und ständig steigenden Gebühren, der Müllabfuhr, der Straßenreinigung, der Wasserwirtschaft oder des Straßenbaus, dessen Kosten den Anwohnern mit aufgebürdet werden. Eine Rentnerin meines Wohnortes erhielt z.B. die Mitteilung, sie habe sich auf 30.900 DM für Straßenbau-Anteile einzustellen. Solche Unsummen bedeuten für die Betroffenen, daß sie sich entweder bis in die Erbgeneration hinein verschulden oder ihr Grundstück verkaufen müßten.

Der Verein führt auch einen zielstrebigem Kampf gegen die überhöhten Wassergebühren, die in Berlin das Vierfache des in München Geforderten betragen, und bringt die verlustreichen Börsengeschäfte der privatisierten Berliner Wasserbetriebe an die Öffentlichkeit. Deren Gebühren sind so immens, daß sie 1996 einen Überschuß von 1 Milliarde DM gesetzwidrig an die Senatskasse abführen konnten. Vom VMEG wurden auch die dubiosen Praktiken der Berliner Straßenreinigung aufgedeckt, die nach einer Tarifumstellung“ nunmehr die teuersten Straßenfeger Europas besitzt.

Ein Tätigkeitsinhalt des Vereins besteht weiter darin, die Nutzungsentgelte für gepachtete Erholungsgrundstücke in einem erträglichen Rahmen zu halten. Zu DDR-Zeiten gab es rund 2,6 Millionen „Datschen“-Besitzer, von denen inzwischen bereits etwa 700.000 das Handtuch geworfen haben. Der Hauptgrund für ihr Aufgeben liegt in der preistreiberischen Praxis der kommunalen und privaten Grundstücksverpächter. Vor allem im Land Branden-

burg, wo bis zum Zehnfachen des Zulässigen gefordert wird.

Der VMEG besteht z.Z. aus 21 Fachgruppen und 28 Regionalgruppen. Die Fachgruppen dienen in erster Linie der sachkundigen Beratung der Mitglieder und des Vorstandes auf dem jeweiligen Gebiet. In den Regionalgruppen ist jedes Mitglied seinem Wohnsitz entsprechend erfaßt. Sie sind unterschiedlich stark; meine eigene zählt derzeit etwa 500 Mitglieder, von denen die meisten in den Nordostberliner Vororten Buch, Karow und Blankenburg wohnen.

Der VMEG gehört zu dem auf seine Initiative gegründeten „Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN), dem auch rund 300 andere Vereine und Siedlergemeinschaften mit insgesamt etwa 40.000 Mitgliedern angeschlossen sind. Der Verband bietet diesen eine attraktive Rechtsschutzversicherung; er arbeitet mit einem Pool von Anwälten zusammen, die sich als Experten auf einzelnen Gebieten profiliert haben. Die Zeitung des VDGN ist das Monatsjournal „Das Grundstück“. In wohlthuender Weise wird hier auf die in anderen Siedlerverbänden übliche apolitische Beratung und eine inhaltslose Selbstdarstellung verzichtet.

Präsident des VDGN und zugleich Vorsitzender des VMEG ist Eckardt Beleites (SPD, 59), der auch zu den Vizepräsidenten des Kuratoriums der Ostdeutschen Verbände e.V. zählt. Er setzt sich mit Vitalität und Zivilcourage für seine Mitglieder ein. Jüngstes Beispiel für seinen unorthodoxen Stil war ein Offener Brief, mit dem sich Herr Beleites gegen den von seiner eigenen Partei nominierten Bundestagskandidaten im Wahlkreis Pankow/Weißensee/Hohenhönhausen wandte, was möglicherweise dazu beigetragen haben mag, daß dieser dem Bewerber der PDS den Vortritt lassen mußte.

Frank Mühlefeldt

Lest und verbreitet die UZ, die Wochenzeitung der DKP

Sie

- * berichtet über Leben und Aktivitäten der Partei
- * erweitert unser Wissen zu Kämpfen und Aktionen der Gewerkschaftsbewegung
- * wirbt für gemeinsames Handeln linker Kräfte
- * vermittelt Hintergrundwissen über die alten Bundesländer
- * informiert über die Kolonialpolitik im Anschlußgebiet Ost
- * bereichert Verstand und Gefühl mit Kultur und Kunst

Zu bestellen bei ComPress-Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen und bei jedem DKP-Mitglied

Ein Besuch im Hause Kefler

Fünfeinhalb gestohlene Jahre

Während eines Besuchs bei Ruth, der Ehefrau des nun bereits insgesamt über fünf-einhalb Jahre in Haft befindlichen Ministers für Nationale Verteidigung der DDR, Heinz Kefler (78), erzählte sie mir aus ihrer beider Jugend, den hoffnungsvollen Jahren des Aufbaus in der DDR, aber auch von der schweren Etappe seit dem Januar 1990, als ihr Mann nach der konterrevolutionären Wende - zu Zeiten der Regierung Modrow - das erste Mal ins Gefängnis geworfen wurde.

Ruth und Heinz entstammen Elternhäusern, die immer fest mit den Ideen der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden waren. Während der Kindheit und frühen Jugend beider war die Armut eine ständige Begleiterin ihrer Familien. Auch diese Erfahrungen machten Ruth und Heinz zu aktiven Klassenkämpfern. Hier lagen bei dem



Heinz und Ruth Kefler

Arbeiterjugend die Wurzeln für sein entschiedenes Nein zum faschistischen Krieg gegen die Sowjetunion. Als „Verräter und Überläufer“ von einem Sondergericht der Nazis 1942 zum Tode verurteilt (das Urteil ist übrigens bis heute nicht aufgehoben!), blieb er seinen Idealen in guten wie in schlechten Zeiten treu.

Ruth berichtete mir nicht ohne Stolz, daß sie - die studierte Ökonomin - in 47 Berufsjahren immer voll gearbeitet habe. Eine reine Repräsentationsrolle als Frau eines hochrangigen Militärs und Politikers sei ihr stets undenkbar erschienen.

Als mein Blick durch das gemütliche Wohnzimmer über die Bücherregale schweifte, fand ich bestätigt. Sage mir, was du liest, und ich sage dir, wer du bist. Die Bände der Klassiker, der Literaten der Neuzeit, die breite Palette schöngestiger und marxistischer Literatur, die die Keflers gelesen haben, zeugen von deren hohen geistigen Ansprüchen. „Politische Bildung und Kultur, die es in der DDR ja fast kostenlos gab, spielten bei uns stets eine große Rolle“, sagte mir Ruth.

Die siegreiche Konterrevolution stellte die Keflers vor Bewährungsproben neuer Art. Ihr gemeinsames, glückliches Leben in der nun 51-jährigen Ehe wurde durch die dubio-

sen Aktivitäten jener BRD-Behörde jäh unterbrochen, welche sich Zentrale Ermittlungsstelle für „Regierungskriminalität“ nennt. Die Haussuchungen, die Haft des Mannes, der Prozeß gegen Heinz haben Ruth nicht umwerfen können. Selbst im Gerichtssaal kämpfte sie an der Seite des Lebensgefährten.

Staatsanwalt Jahntz hatte als Ankläger im Verfahren gegen Heinz Kefler seine Energie wiedergegeben, die ihm bei der Verfolgung von Nazijuristen des Freislerschen Volksgerichtshofes abhandengekommen war. Und Jahntz'ens vorgesetzter Dienstherr, der notorische Sonderstaatsanwalt Schaefgen, hatte seinen missionarischen Drang zur Verfolgung von DDR-Funktionären in den Medien als „... Verantwortung vor den Enkeln...“ begründet. So wurde Heinz

Kefler in einem exemplarischen Unrechtsprozeß der Klassenjustiz zur Kriminalisierung von DDR-Politikern wegen „Totschlags“ zu siebeneinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Mehr als zwei Drittel der über ihn verhängten Strafe hat der gesundheitlich angeschlagene Endsiebzigjährige nun mit der Würde eines unbeugsamen Kommunisten hinter sich gebracht. Voll Wehmut stellte Ruth fest: „Im Alter zählen diese gestohlenen fünf-einhalb Jahre doppelt, in denen ich von Heinz getrennt war und mich nicht mit ihm freuen und streiten konnte.“

Worüber niemand gerne spricht, das sind die materiellen Verpflichtungen. Enorme Anwalts- und Gerichtskosten kommen noch auf Heinz Kefler zu.

Eins wollte mir Ruth aber noch unbedingt mit auf dem Weg geben: Ihren Dank für die bewegende Solidarität unzähliger Genossen und Freunde in Ost und West sowie im Ausland. „Es gibt bei uns kein Jammern, aber ohne diese menschliche Wärme hätten wir all das nicht überstehen können.“ Wir haben die Hoffnung, daß Heinz sehr bald als freier Mann zu seiner Familie und seinen Freunden zurückkehren kann. Alles Gute für die Keflers!

Kurt Andriä

Heinz Kefler:

Zu Zeitungen

Unlängst erzählten mir Freunde, bei einer Zusammenkunft von Gleichgesinnten seien die Sprache, die Rolle und die Aufgaben von Zeitungen erörtert worden.

Den prinzipiellen Unterschied zwischen Zeitungen, die Sprachrohre der kapitalistischen Klasse sind, und jenen, die die Interessen der Volksmassen vertreten, setze ich in diesem Zusammenhang voraus.

Schon in den Arbeiterorganisationen, denen ich von 1926 bis 1933 angehörte, erklärten uns erfahrene ältere Genossinnen und Genossen den Sinn und Zweck großer, mittlerer und kleiner Zeitungen. So z.B. der „Trommel“, der zentralen Provinzzeitung, der Parteizeitung des Gebiets und - nicht zu unterschätzen - der Wandzeitung. Sie alle müssen die Interessen der Arbeitenden auf unterschiedliche Weise reflektieren, vertreten, verteidigen. Keine ist zuviel.

Im Kampf gegen Hitlerdeutschland und für die Beendigung des mörderischen Krieges gab es in der Roten Armee längst nicht genug zentrale Zeitungen, und so nutzte sie Frontzeitungen, Traktate und kleinere Blätter. Das Anliegen aller dieser Publikationen war der gemeinsamen Zielstellung untergeordnet.

Wie mir scheint, sollte es auch heute so sein. Angesichts der Konzentration der Medien in den Händen einiger Konzerne braucht die fortschrittliche Bewegung eine große Vielfalt an Zeitungen, die ausschließlich an den Interessen des Volkes orientiert sind. Dieser Maßstab, denke ich, ist das entscheidende Kriterium, und nicht, ob eine Zeitung als „groß“, „mittel“ oder „klein“ ihre Daseinsberechtigung besitzt. Daß dabei, was Publikationen der DKP betrifft, von den Grundorientierungen auszugehen ist, versteht sich von selbst. Bei den mir zugänglichen Zeitungen dieser Art konnte ich diese Übereinstimmung stets feststellen.

Kräfte bündeln heißt, alle sich ergebenden Möglichkeiten nutzen, um fortschrittliches Gedankengut unter die Menschen zu bringen. Spezifisches Kolorit sollte dabei stets berücksichtigt werden.

RotFuchs im InterNet Bitte neue URL beachten!

Beiträge aus dem RotFuchs können abgerufen werden von der Homepage <http://home.t-online.de/home/dkp-berlinno.htm>

Beiträge, Meinungen und Fragen an die Redaktion können künftig auch per EMail an uns gesandt werden:

Rotfuchs.dkp-berlinno@t-online.de

Kommunist erhielt Nobelpreis**Auf der Quinta von Amalia**

Im Sommer 1988 verbrachte ich einige Wochen in Cascais nordwestlich von Lissabon. Ich wohnte im Haus meines Freundes, des Generals Vasco Gonçalves. Der frühere portugiesische Premierminister - Regierungschef in den Revolutionsjahren 1974/75 - hatte sich an die Behörden der DDR mit der Bitte gewandt, dem langjährigen Lissaboner ND-Korrespondenten einen Besuch bei ihm zu gestatten. Dem war entsprochen worden.

Fast täglich luden mein Gastgeber und seine Frau Aida interessante Leute wie den „roten Admiral“ Rosa Coutinho zum Abendessen ein, das nicht selten erst gegen 22 Uhr begann und sich bis in den neuen Tag erstreckte. Oft wurden auch gemeinsame Ausflüge unternommen. Eines Tages fuhren wir zu der in hügeligem Gelände gelegenen Quinta von Amalia - dem kleinen Landgut einer berühmten Sängerin, die damals an der Mailänder Scala auftrat und ihren Urlaub in Portugal verbrachte. Dort stellte mich Vasco Gonçalves zwei Gästen des Hauses vor, denen er sich besonders eng verbunden wußte. Beide waren sie Kommunisten.

Den einen - Fernando Lopes Graça, den großen Komponisten und Orchesterleiter, kannte ich bereits. Sein nach dem 25. April 1974 immer wieder von den portugiesischen Sendern übertragenes Requiem auf die antifaschistischen Gefangenen hatte sich mir tief eingepreßt. Als der berühmte Musiker unmittelbar nach dem Sturz der Diktatur ein Konzert mit einem durch ihn geleiteten Chor aus Amadora dirigiert hatte, waren im Saal flüchtige Agenten der berühmten Geheimpolizei PIDE/DGS mit untergeschlachten Maschinenpistolen entdeckt und festgenommen worden.

Dem anderen - einem hageren Mann mit Brille, dessen intellektuelles Kaliber nur noch von einer fast linkisch wirkenden Schüchternheit übertroffen wurde, begegnete ich auf der Quinta von Amalia zum ersten Mal. Wir redeten lange miteinander. Da Vasco angenommen hatte, auch dieser Gast sei mir persönlich bekannt, hatte er auf die Nennung des Namens verzichtet. Erst im Laufe des Abends erfuhr ich ihn. Mein Gesprächspartner war der Romancier José Saramago, Portugals bedeutendster lebender Schriftsteller.

Dieser Tage ist ihm als erstem lusitanischen Künstler der Nobelpreis für Literatur zuerkannt worden.

K.S.

SAT 1 sendete „Einsatz über Berlin ...“**Giftinjektionen**

Die Gefahr eines neuen Faschismus droht nicht nur von SA-mäßig aufmarschierenden NPD-Kohorten und den dumpf-rassistischen Hetzparolen der DVU, sondern auch und gerade von sich „zivilisiert“ gebenden und modisch ausgestaffierten Figuren aus Wirtschaft, Politik und Medien. Der private TV-Kanal SAT 1 lieferte - sicher nicht zufällig am Abend vor dem „Einheitsfeiertag“ - ein Beispiel, wie Herrenmenschen-Denken, faschistische Ideologie und neue Formen des Antisowjetismus per Bildschirm in die Wohnzimmer von Durchschnittsbürgern flimmern. Als bisher teuerste Produktion des Senders angepriesen, waren zum ersten Mal die „Helicops“ beim „Einsatz über Berlin“ zu sehen.

Hier die Zutaten:

- DIE BÖSEN. Russen. Wer sonst? Aus aktuellem Grund nicht mehr in Uniformen der Sowjetarmee, obwohl ihre Herkunft aus deren Eliteeinheiten durchaus zu ahnen ist, sondern stets verummumt, schwarz gewandete Killer. Der Boss trägt Nadelstreifen und ist Drogenhändler.

Unbeschreiblich grausam: Sie werfen einen deutschen Polizisten über „unserer Hauptstadt“ lebendig aus dem Hubschrauber. Die Russen tun so was - nicht etwa südvietnamesische, guatemalteckische, chilenische, honduranische, argentinische Folterspezialisten aus CIA-Schulen!

- DIE GUTEN. Deutsche Polizisten. Aus dem Westen. Doch halt: Der blonde Held - welcher Schritt zur Einheit - stammt aus dem Osten; ehemaliges Pilotenass der NVA. Aus persönlichen Gründen - nicht wegen Fehlens blühender Landschaften - grad mal Säuer. Aber die Erfordernisse des Kampfes gegen das Böse lassen auch ihn „ankommen“ - beim LKA Berlin, dem BKA und ... tatsächlich der Wunderwaffe im Kampf gegen die bösen Russen: Einem nahezuf verwendbaren, extrem leistungsfähigen, spezialwaffenbestückten Helikopter. Einem Produkt der Einheit.

- DIE JAGD. Eine Kollektion von Luftbildern „unserer Hauptstadt“ und Computersimulationen, die Goebbels und seinen Filmteams nicht zur Verfügung standen. Doch

muß man feststellen, daß jene Fotomontagen aus den Giftküchen des einstigen Reichspropagandaministeriums, welche Hitler bei der „vorweggenommenen“ Siegesparade auf dem Roten Platz zeigten und Sowjetmenschen zur Kapitulation bringen sollten, gemessen daran politisch ärmlich waren.

- DIE SICHERHEITSLAGE. Eine wichtige Botschaft: Zum Zuge kommen die bösen Russen nur, weil Korruption herrscht im Herzen der Hauptstadtpolizei! Ausgerechnet ein Mann der „Inneren Ermittlung“ verkauft ihnen Informationen. Und das Personal ist so knapp, daß bei einem Bombenalarm das gesamte LKA-Gebäude verwaist, sodaß die Russen einfach eindringen können ... Kein Zweifel: General Schönbohm und Herr Schily brauchen Geld und Truppen für die Hauptstadt.

- DAS ENDE. Die deutsche Wunderwaffe nimmt die fliehenden Russen in ihrem Helikopter über dem Marx-Engels-Platz, der glücklicherweise wieder Schloßplatz heißt, ins Visier. Feuer frei! Der „Russenhubschrauber“ gerät außer Kontrolle und rast direkt ... in den Palast der Republik, der in einer Serienexplosion auseinanderfliegt. So ist mit den Russen auch gleich der Palast entsorgt. Der leitende Polizist kommentiert das grinsend: „Da haben wir eine Sachbeschädigung“. (O-Ton)

Sollten Leserinnen und Leser finden, der Schmutzstreifen, von dem ein Dutzend Folgen drohen, lohne nicht der Worte, so will ich anmerken: Dies ist nur ein - vielleicht herausragendes - Beispiel aus einer wahren Flut von Kino- und Fernsehfilmen, mit denen seit der Niederlage des europäischen Sozialismus hier und vor allem auch in den USA antikomunistische, rassistische und faschistische Hetze in die Köpfe und Herzen der Menschen injiziert werden soll. Es wimmelt in der Branche nur so von MfS- und KGB-Männern und -Frauen, von Sowjetgenerälen und -Soldaten, die mit gestohlenen Atombomben die finstere Macht der Roten wiederherstellen wollen. Selbst Goebbels wäre neidisch.

Wachsamkeit ist geboten!

Werner Hoppe

Sprüche von Shahr

Im Jahr 1945 haben die Amerikaner die Atombombe auf die Sowjetunion geworfen. Die beiden Bomben fielen auf die Städte Nagasaki und Hiroshima.

Warum ist die deutsche Offensive in Rußland gescheitert? Das war ein Feldzug, aber in Rußland gibt es überwiegend Wälder.

Der Prager Frühling endet mit dem deutschen Herbst.

Eurokommunismus ist ein Euroscheck ohne Deckung.

Kurzer Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (1)

Irrlehre? Hypothese? Theorie?

In einem Vortrag „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ gelangte Eduard Bernstein im Jahre 1901 zu der Auffassung, daß es „sehr verschiedene Antworten“ auf die Frage geben könne, was Sozialismus sei. Nachdem er das der Beliebigkeit anheimgestellt hatte, kam er zu der tiefinnigen Erkenntnis, daß die sozialistische Bewegung zwar den Gegenstand dieser Theorie bilde, sie selbst aber - genauso wenig wie der deutsche Bauernkrieg - eine Theorie sein könne, was weder von Marx noch von Engels jemals behauptet worden war. Bernstein meinte, soweit vom wissenschaftlichen Sozialismus gesprochen werden könne, handele es „sich immer nur um die Begründung sozialistischen **Strebens**, sozialistischer **Forderungen**“, womit er die Inhaltsbestimmung der Theorie ebenfalls der Beliebigkeit anheimstellte. Er bezweifelte, „ob überhaupt ein innerer Zusammenhang zwischen Sozialismus und Wissenschaft“ bestehe, „ob ein wissenschaftlicher Sozialismus **möglich** und ob er überhaupt **nötig**“ sei. (Fettgedrucktes bei Bernstein)

Seit dieser Verkündung des Stammvaters des modernen Revisionismus schallt es uns aus bürgerlichen und sozialdemokratischen Medien, an Hochschulen und Universitäten, von den Kanzeln der Kirchen unterschiedlichster Konfessionen entgegen, es gebe keinen wissenschaftlichen Sozialismus. Der Heilige Vater erklärt ihn gar zu einer verwerflichen Irrlehre.

„Woher der Lärm?“ möchte man mit Goethe fragen. Die Antwort ist einfach: Kommunismus ist Aufhebung des Privateigentums, und diese Aussage läßt keine Beliebigkeit zu.

Nun ist diese Aussage allein noch kein Axiom des wissenschaftlichen Sozialismus. Diese Forderung läßt sich bis in die Schriften utopischer Sozialisten des 16. Jahrhunderts, darunter Thomas More (1478 - 1535), verfolgen. Aber auch hier schallt uns entgegen: „Jeder Sozialismus ist utopisch, nicht machbar!“ Und haben die Vertreter dieser Auffassung nicht recht? Ist der Sozialismus nicht gescheitert? Wenn er aber gescheitert ist, dann ist damit auch seine Theorie gescheitert, dann ist in der Praxis bewiesen, daß es keinen wissenschaftlichen Sozialismus gibt.

Doch ergibt sich eine Frage: Warum ist der Sozialismus nebst seiner Theorie nicht schon „gescheitert“, als er ökonomisch und militärisch noch sehr schwach und auf ein Land begrenzt war?

Tatsache bleibt, daß der Rote Oktober den Geschichtsverlauf des 20. Jahrhunderts dominiert hat, daß die Oktoberrevolution und der erfolgreiche Aufbau des Sozialis-

mus in der UdSSR die epochebestimmenden Vorgänge dieses Jahrhunderts waren; daß der Sozialismus mit dem Sieg der chinesischen Volksrevolution zum Weltsystem wurde; daß es zweifellos eine Aufstiegsphase des Sozialismus gab, die, wenn man eine Zäsur bestimmen will, bis etwa Ende der 60er Jahre reichte. Dies sieht also gar nicht nach „Scheitern“ aus. Bis dahin hat sich die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus als wahr erwiesen.

Warum dann aber eine Abstiegsphase, die den Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und den europäischen sozialistischen Ländern ab 1989 ermöglichte?

Ist der wissenschaftliche Sozialismus am Ende nicht doch gescheitert? Oder war die Abstiegsphase nicht zuletzt gerade dadurch verursacht, daß Parteiführungen in der UdSSR - von Chruschtschow bis Gorbatschow - und anderswo Grunderkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus mißachteten, wobei sie unter dem Vorwand, Theorie und Politik Lenins wiederherstellen zu wollen, die Stalin angeblich verletzt habe, gerade den Leninismus über Bord warfen, die Arbeiterklasse theoretisch entwaffneten und so der politisch-ideologischen und moralischen Zersetzung durch die Konterrevolution Tür und Tor öffneten? (Von den objektiven Faktoren, die diesem Prozeß zugrunde lagen, muß hier aus Platzgründen erst einmal abgesehen werden.)

Zweite Frage: Warum gab es eine solche Niedergangsphase nur in den europäischen sozialistischen Staaten? In denen Asiens und Lateinamerikas existierten doch nach wie vor Übergangsgesellschaften vom Kapitalismus zum Sozialismus, wobei die Parteiführungen dieser Länder am Leninismus festhalten. Natürlich erfolgte die Theorieentwicklung dort unter den jeweiligen konkreten nationalen und internationalen Bedingungen, wobei der wissenschaftliche Sozialismus modifiziert wurde, wie das z.B. in den Ideen Mao Zedongs seinen Niederschlag fand. Aneignung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus können nur innerhalb des Kontextes der nationalen Eigenart, Kultur und Geschichte des betreffenden Volkes vor sich gehen.

Das Scheitern der Politik von Parteiführern, die Positionen des Marxismus-Leninismus preisgegeben haben, bedeutet also nicht die Widerlegung dieser Theorie. Im Gegenteil, es ist ein negativer Beweis für die Richtigkeit des wissenschaftlichen Sozialismus.

Nach Friedrich Engels ist der wissenschaftliche Sozialismus „theoretischer Ausdruck der proletarischen Bewegung“. Er hat die

Aufgabe, die geschichtlichen Bedingungen des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen. (Anti-Dühring, MEW 20/2/65) In diese Definition ist die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Theorie miteingeschlossen, denn die Bedingungen unterliegen ständig der Veränderung, die theoretisch reflektiert werden muß.

Der wissenschaftliche Sozialismus erweist sich als Bindeglied zwischen spontaner Arbeiterbewegung und Kommunistischer Partei.

Worin unterscheidet sich nun der wissenschaftliche vom utopischen Sozialismus und allen Arten kleinbürgerlicher Sozialismuskonzeptionen?

Er beruht auf zwei Grunderkenntnissen von Marx: der Mehrwerttheorie und der materialistischen Geschichtsauffassung sowie seinem proletarischen und internationalistischen Charakter. Von Marx und Engels begründet, fand er seine Fortsetzung und Weiterentwicklung durch Lenin, der qualitativ neue Erkenntnisse hinzufügte: die Imperialismus-Theorie, neue Aspekte in der Staats- und Revolutionslehre sowie der Parteitheorie. Es ist zutreffend, wenn Stalin den Leninismus in kurzer und sicher vereinfachter Form als „den Marxismus des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete. Doch dies wäre Stoff für weitere Artikel.

Ulrich Huar

Neuerscheinung

HEINZ KAMNITZER

Der Tod des Dichters Arnold Zweig

Aus Anlaß des 30. Todestages des deutschen Schriftstellers am 26. November als „Reprint“ eines 1974 in der DDR erschienenen Werkes im GNN-Verlag Sachsen/Berlin G.m.b.H. neu herausgegeben und mit Fotos aus Privatarchiven ergänzt,

112 Seiten, 14,00 DM,
ISBN 3-932725-63-8

Zum Wesen des „Anti-Stalinismus“

Was meinen sie wirklich?

Seit 1989 erlebt die Verwendung des Begriffs „Stalinismus“ hierzulande Hochkonjunktur. Er wird derart pauschal und flächendeckend für bestimmte Sachverhalte angewandt, daß es selbst seinen hartnäckigsten Verfechtern bisher nicht recht gelungen ist, gedanklich Ordnung in diese Angelegenheit zu bringen und zu sagen, was sie wirklich meinen.

Der Begriff ist übrigens nicht neu. Man findet ihn in der vor allem gegen die Sowjetunion gerichteten westlichen Literatur in zunehmenden Maße seit den Darlegungen Nikita S. Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956). Er ist auch in vielen Anti-DDR- und Anti-SED-Veröffentlichungen nachzulesen, die in der zweiten Hälfte der 50er und - nach der Sicherung der westlichen Grenze der DDR und der Staaten des Warschauer Vertrages - in den 60er Jahren in der BRD erschienen sind.

Die nochmalige Lektüre früherer Publikationen dieser Art, die noch nicht von „wendigen“ Überlegungen und der mit dem Herbst 1989 bei gewissen Politikern Einzug haltenden Anpassung geprägt waren, kann durchaus hilfreich sein, um sich zu diesem Sachverhalt mehr Klarheit zu verschaffen. Denn damals legte man ganz offen dar, wogegen man sich tatsächlich wandte.

Welche Vorgänge wurden zu jener Zeit mit dem Attribut „stalinistisch“ belegt?

Das waren z.B. die Bodenreform, die Verwaltungsreform, die Schulreform und die Justizreform sowie die Bildung des volkseigenen Sektors der Industrie in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) der Jahre 1945/1946; das waren alle Schritte ab

1948, in der SBZ und dann der DDR zur zentral organisierten und geleiteten planmäßigen Erzeugung oder Sicherung von Nahrung, Kleidung, Wohnraum, Gesundheitsbetreuung, Bildung usw. überzugehen; das war die Entwicklung der Grundstoffindustrie und deren Vorrangposition gegenüber der Konsumgütererzeugung; das war die Herausbildung von Formen genossenschaftlicher Arbeit in der Landwirtschaft; das war jeder Schritt, den die SED mit den anderen Parteien und Massenorganisationen zunächst im antifaschistisch-demokratischen Block und später in der Nationalen Front unternahm, um grundlegende Aufgaben der verschiedenen Etappen zu meistern: die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung, den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und später dann den Übergang zur umfassenden Gestaltung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf der so gewonnenen Grundlage.

Man kann noch präziser analysieren: Jeder Schritt, der in SBZ und DDR zur Verhinderung der Restauration der Macht der bis 1945 auf diesem Gebiet ökonomisch und politisch herrschenden Klassenkräfte von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und durch die SED unternommen wurde, erhielt schon damals das Etikett „stalinistisch“. Das galt natürlich auch für die Organisierung und Festigung der politischen Gewalt im Interesse der Werktätigen.

„Stalinismus“ war daher seit den späten 50er Jahren Synonym für alles und jedes, das in Richtung Sozialismus wies.

Kommen wir auf die Gegenwart zu sprechen. Wenn z.B. heute in der CDU oder in der SPD führende Parteigremien straff und rigide, zentral geleitet und organisiert ihre Politik durchzusetzen suchen und dabei manchmal auch nicht gerade zimperlich sind im Umgang mit der mehrheitlichen Meinung von mittleren oder Basisstrukturen der eigenen Reihen (man sehe sich nur die Regie für die Wahlkämpfe an), dann

ist das „demokratisch“ und „rechtsstaatlich“. Verfuhr z.B. die SED oder verfuhr die PDS bzw. eine andere linke Organisation in ähnlicher Weise, wird dafür sofort das Prädikat „stalinistisch“ in Anwendung gebracht. Entreißt man einer DDR-Bevölkerung von 16 Millionen ihr gemeinsam erarbeitetes gesellschaftliches Eigentum im Wert von über einer Billion Mark binnen eines Jahrfunfts entschädigungslos mit Hilfe staatlich eingesetzter „Treuhänder“ und liefert es zu über 90 Prozent Privatbesitzern aus dem Westen aus, dann ist das „demokratisch“ und „rechtsstaatlich“; kein Staatsanwalt muß deshalb von amtswegen aktiv werden. Und niemand bezichtigt ihn der „Unterlassung“ oder Strafvereitelung. Vollzieht man aber nach einem Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher in Sachsen und Thüringen nur das, was alliierten Absprachen (z.B. dem Potsdamer Abkommen von 1945) zu folgen hatte, dann ist das „stalinistisch“. Legte die BRD-Staatsmacht das Regime fest, das man an ihren Außengrenzen einzuhalten hatte, dann war das „demokratisch“ und „rechtsstaatlich“; wurde haargenau dasselbe Prinzip von der DDR verwirklicht, war das „stalinistisch“. Nur ein Beispiel: Posten und Streifen der Bundeswehr, die im militärischen Sicherheitsbereich eingesetzt wurden, erhielten eine im August 1982 herausgebrachte Taschenkarte, in der es hieß: „Erster Anruf. Ich rufe: Halt! Stehenbleiben! Zweiter Anruf oder Warnschuß. Ich rufe: Halt! Oder ich schieße oder gebe einen Warnschuß ab (steil in die Luft), wenn der Angerufene nach dem ersten Anruf nicht sofort stehenbleibt ... 4. Ich schieße (gezielt), wenn der Angerufene trotz 2. Anrufs oder Warnschusses zu fliehen versucht und ich nur durch gezielten Schuß die Flucht verhindern kann.“ Genauso lauteten die Weisungen für Posten und Streifen der Nationalen Volksarmee. Im ersten Fall handelte es sich um eine „demokratische“ und „rechtsstaatliche“ Maßnahme. Im zweiten Fall war sie „stalinistisch“ und verurteilenswert. Der berühmte „Schießbefehl“!

Wer nicht in den Ruf geraten will, „Stalinist“ gewesen oder noch zu sein, besitzt in der Gunst vieler westdeutscher und wendiger ostdeutscher Politiker, Juristen und anderer Ideologen nur eine Chance: Wenn er sich von Anfang an in der SBZ und später in der DDR jedem einzelnen Schritt zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse, zur Errichtung erst der antifaschistisch-demokratischen und dann der sozialistischen Ordnung widersetzt hat.

Das heißt also mit anderen Worten: Antifa-



schisten, Sozialisten und Kommunisten sind „Stalinisten“. Wer die ökonomische, politische und soziale Ordnung der BRD gründlicher reformieren oder gar umgestalten will, ist ein „Stalinist“. Nur wer dafür gesorgt hat und sorgt, daß alles beim Alten bleibt und sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ändern, läuft keine Gefahr, als solcher denunziert zu werden. In der Konsequenz heißt das: Wer mit dem „Stalinismus“-Begriff gegen Andersdenkende vorgeht, will weder einen realen (was demokratisch einschließt) noch einen „demokratischen“ Sozialismus. Dem Wesen der Sache nach will er eigentlich einen „demokratischen“ Kapitalismus, einen „Volkskapitalismus“, einen „Sozialkapitalismus“ oder gar „gezügten“ Kapitalismus. Die Grundlage aller gesellschaftlichen Beziehungen wäre dabei immer dieselbe: Privateigentümer würden sich den durch die Werktätigen erzeugten Wert z.T. unentgeltlich aneignen. Das Ideal solcher linken „Antistalinen“ wäre wohl ein Gesellschaftszustand, bei dem die werktätige Bevölkerung „einbezogen“ und ruhiggestellt würde (z.B. durch Kleinakten und Produktiv- oder Investivlöhne, als Subunternehmer, als Wert und Mehrwert Schaffende und als Käufer usw.). Natürlich blieben dabei den großen Privatfirmen höchste Profite gesichert. Die Ideologen dieser Art von Gesellschaft haben einen quadratischen Kreis oder eine quaderische Kugel im Auge. Ein durchsichtiges Spiel.

Damit will ich eine andere Ebene der Debatte nicht einfach ignorieren, nämlich das Bestreben, mit „stalinistisch“ bestimmte die innerparteiliche Demokratie oder die von den Mitgliedern und Gremien einer sozialistischen oder kommunistischen Partei beschlossenen demokratischen Normen des innerparteilichen Lebens (vor allem das wichtige Prinzip der Kollektivität der Leitung und Entscheidung) verletzende Methoden zu kennzeichnen und zu kritisieren.

Diese notwendige Kritik wird aber meines Erachtens unpräzise, wenn man sich des genannten Attributs „stalinistisch“ bedient, weil die an der Diskussion Beteiligten in der Regel gar nicht wissen, was mit dem schwammigen Terminus eigentlich konkret gemeint ist. Außerdem würde man bei dieser diffusen Begriffsverwendung die allgemeine Leistung der Persönlichkeit, die von 1924 bis 1953 maßgeblich daran beteiligt war, daß sich die Sowjetunion aus einem äußerst rückständigen Land zu einer Weltmacht entwickelte, und deren Name mit dem Sieg über den deutschen Faschismus im Jahre 1945 untrennbar verbunden ist, gleich mit hinwegdiskutieren. Aber das ist ja wohl auch so gewollt, oder?

Eike Kopf

Reaktionen auf einen Artikel Karl-Eduard v. Schnitzlers

Deutsch und stolz - worauf?

Einverstanden mit dem sehr überzeugenden Artikel Karl-Eduard v. Schnitzlers in „RotFuchs“ Nr. 8. Nicht einverstanden mit „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, wie Karl-Eduard „einen „älteren Linken“ zitiert.

Was soll das? Ich bin stolz, ein Spanier, ein Baske, ein Franzose, ein Korse, ein Türke, ein Grieche, ein Mexikaner, ein Madagasse zu sein? Diese Formel enthält versteckt die Behauptung, die Nation, der man jeweils angehört, sei etwas Besonderes, etwas Besseres als die anderen.

Anfang der achtziger Jahre unternahm ich mit einer Delegation der Liga für Völkerfreundschaft eine Reise durch Frankreich. Wir kamen auch nach Angers, im Nordwesten des Landes. Es gab eine Pause in unserem Programm. Andere besichtigten eine Baustelle, ich stand allein da und überlegte: Wurde hier nicht während der Französischen Revolution einer der Anführer der Konterrevolution, der im Solde Englands kämpfenden Royalisten, erschossen? Charette - nein, den stellten die Soldaten der Revolution in Nantes an die Wand. Cadoudal - nein, der floh nach England. Stofflet! Ja, der war's!

Ein paar Schritte von mir entfernt standen französische Genossen, die uns begleiteten. Sie unterhielten sich offensichtlich über uns - um was es ging, konnte ich nicht verstehen, sie redeten für meine mangelhaften Sprachkenntnisse zu schnell. Doch jetzt! „Le boche là!“ hatte einer gesagt. Er konnte nur mich meinen! Ich blickte zu ihnen hin und sah, daß sie unendlich verlegen waren und sich dafür schämten, daß einem von ihnen dieses Schimpfwort auf die Deutschen herausgerutscht war. Und daß ich das offensichtlich verstanden hatte!

Les boches - das waren die Preußen, die Deutschen mit den Pickelhauben, die 1871 der französischen Bourgeoisie geholfen hatten, die Kämpfer der Pariser Commune abzuschlachten, die Elsaß-Lothringen geraubt, die 1915 als erste Giftgas eingesetzt, die 1940 Frankreich geschlagen und gedemütigt hatten.

Ich und ein boche?!

Ich sagte: „En effet, je suis un Prussien, mais je suis un Prussien rouge!“ (Tatsächlich, ich bin ein Preuße, aber ich bin ein roter Preuße!)

Die französischen Genossen waren froh, daß ich mich nicht beleidigt fühlte. „Ah, Waltähr, notre ami, camarade!“ (Walter, Freund, Genosse!)

Dann, 1990, zeigte ich meiner Frau Paris.

Wir wohnten in einer kleinen, billigen Pension in einem westlichen Vorort. Abends, erschöpft von unseren Wanderungen durch die Stadt, ging ich immer noch in eine kleine Kneipe, ein Bier und einen Armagnac trinken. Meine Frau streifte währenddessen durch die Geschäfte und kam später. Die Kneipe war ein bißchen schmutzig, laut und immer voll. Die Leute redeten in einer mir völlig unverständlichen Sprache.

„Excusez-moi, êtes-vous des Algériens?“ (Entschuldigen Sie, sind Sie Algerier) fragte ich den Wirt.

Er: „Oui monsieur, mais nous sommes des Algériens d'une autre culture. Nous sommes des Kabyles.“ (Wir sind Algerier, aber Algerier einer anderen Kultur, wir sind Kabylen - in Deutschland als Berber bekannt).

Und dann fragte er mich: „Et vous, monsieur?“

„Je suis un Allemand, mais un Allemand d'une autre culture. Je suis un Allemand rouge.“ (Ich bin Deutscher, aber Deutscher einer anderen Kultur. Ich bin ein roter Deutscher).

„Oh!“

Seit dem Abend gehörte ich zur Familie. Wenn ich kam, begrüßte mich der Wirt mit Handschlag, dann rief er: „Nimm mal deine Beine weg, rück mal beiseite, laß den Stuhl frei, wenn die Frau des Deutschen kommt! Junge, wisch mal den Tisch ab!“ Natürlich verstand ich kein Wort, aber aus den Reaktionen der Gäste konnte ich erahnen, was er gesagt haben mußte. Am letzten Abend ließ ich ihn wissen, daß ich am nächsten Morgen wieder abreisen würde. Ich wurde herzlich verabschiedet, mußte viele Hände drücken.

Das ist es, worauf ich stolz bin - daß ich ein roter Deutscher bin!

Und dann ist da noch die Geschichte von Jena und Auerstädt. Franzosen, Mitglieder der Gesellschaft France - RDA (Republique Democratique Allemande), kamen nach Berlin und erzählten mir, ihr Begleiter habe ihnen das Schlachtfeld gezeigt, wo Napoleon einst die Preußen verdröschte hatte. Ich sagte, ich hätte ihnen auch noch Leipzig gezeigt, wo Österreicher, Russen, Preußen und Schweden gemeinsam Napoleon und seine polnischen Verbündeten geschlagen hatten. Die Franzosen lachten und meinten, ich sei ein guter Patriot. Ich sagte: „Auch Ihr seid gute Patrioten und wir alle sind gute Internationalisten!“ Sie: „Voilà, c'est correct, Waltähr (So ist es richtig, Walter).“

Walter Florath

Die Plage mit den „Antinationalen“

Gut und wichtig finde ich Karl-Eduard v. Schnitzlers Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem „antideutschen“ bzw. „antinationalen“, Blödsinn. Dabei habe ich ein gewisses Verständnis für kritische Reaktionen auf die Aussage „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“. Das hat seine Gründe in der Geschichte des Unrechtsstaates BRD, der die nationale Frage nie beantworten, nie eine nationale Identität schaffen konnte, weil er seinen Ursprung aus und seine Kontinuität mit dem nazifaschistischen Reich nicht noch offener heraushängen lassen wollte, während auf der Gegenseite das andere, das antifaschistische Deutschland - ob als KPD oder DDR - von ihm erbittert bekämpft wurde. Statt nationaler Identität gab's im Westen nur DM, Wohlstand, Konsum. Und als logische und direkte Konsequenz daraus nur den reaktionären Gebrauch des „Nationalstolzes“: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!“ kennen Westlinke wohl wirklich nur als Lösung von Nazi-Skinheads. Und die ganze „Neue Linke“ ist der Frage auch schön ausgewichen, indem sie sich als „internationalistisch“ definiert hat - der Sozialismus der DDR war ihr bekanntlich nicht gut genug, um sich offen zu diesem anderen Deutschland zu bekennen. Daß das mit den Kommunisten der DKP anders war, hat wenig oder nichts an diesem Verhältnis geändert, denn offensiv

konnte Identität mit der DDR aus politischen Gründen nicht propagiert werden (Zwei-Staaten-Realität, Unabhängigkeit der Partei im Westen usw.).

Nun gut, dann kam 1989, um mal Mao zu zitieren: „Da stehst Du machtlos da, die Blüten fallen nieder“, d.h. die Westlinke war mit einem neuen Großdeutschland konfrontiert und, soweit sie sich nicht darüber gefreut und damit arrangiert hat, fand sie keine oder nur blödsinnige bis gefährliche Antworten darauf. Zu den Protagonisten letzterer zähle ich insbesondere die sogenannten Antinationalen, auf die sich der Genosse Karl-Eduard offenbar bezieht. Hier in Hamburg ist deren Blütezeit seit etwa zwei Jahren überschritten, was sich u.a. daran erkennen läßt, daß ihre Texte, Plakate und Veranstaltungen selten geworden sind und auf Demos die dummen Parolen „Hoch die antinationale Solidarität“ (!) oder „Nie wieder Deutschland!“ auch weniger wurden. Vor allem rufen das noch sehr junge Leute, nicht so sehr als Ausdruck einer politischen Position, denn aus Abscheu vor Großmachtchauvinismus und Arroganz der herrschenden Klasse. Über die Geschichte, ein anderes Deutschland wissen sie wenig oder nichts. Zum Teil ist es wohl nicht viel mehr als etwa unsere Freude über die WM-Niederlage der BRD-Fußballmannschaft u.ä.

Zu einigen Kernpunkten der „antinationalen“ Plage. Ihre Wortführer verkündeten z.B.,

- „die Deutschen“ seien „an sich“ rassistisch, antisemitisch, faschistisch, schuldig, „völkisch“;
- ein „anderes“ Deutschland gebe es nicht;
- aus der Schuld „der Deutschen“ folge die Notwendigkeit, die zionistische Aggressions- und Besatzerspolitik Israels zu unterstützen;
- nationale Befreiungsbewegungen seien prinzipiell reaktionär. Die Linke dürfe sie nicht fördern, weil sie sich auf „Volk“ beziehen und eine „Nation“ anstreben. (Palästinensisch-arabische und kurdische Befreiungsbewegungen werden wegen ihres angeblichen Antisemitismus besonders attackiert).

Hier in HH klebten übrigens Plakate, die alliierte Bomber über Ruinen deutscher Städte zeigten. Dazu Parolen wie „Bomber Harris was right!“, „Keine Träne für Dresden!“, „Do it again, Bomber Harris!“ und ähnlichem. Dazu gab es sogar Veranstaltungen. Hatten REPs, NPD und DVU das bestellt?

Eine klare marxistische Position zur nationalen Frage, die zugleich vom proletarischen Internationalismus ausgeht, ist also unerlässlich.

Werner Hoppe

Nach Redaktionsschluß erreichte uns folgender Brief des Vorsitzenden der DKP Esslingen.

An die Redaktion des „RotFuchs“

Liebe Genossen, nicht nur Esslinger Kommunisten und Antifaschisten gedenken bei entsprechenden Anlässen der vier Anfang 1934 gemeuchelten Widerstandskämpfer, denen Erich Weinert mit seinem Gedicht „John Schehr und Genossen“ ein bleibendes Denkmal gesetzt hat. Wir ergänzen dies anlässlich des 100. Geburtstages des Esslingers Eugen Schönhaar am 30. Oktober dieses Jahres mit dem Antrag an Oberbürgermeister und Gemeinderat, auch in Esslingen (wie in Berlin) mit einer „Eugen-Schönhaar-Straße“ den antifaschistischen Widerstand zu würdigen.

Euch wären wir dankbar, wenn Ihr beiliegenden Artikel zum 100. Geburtstag Eugen Schönhaars in Eurer nächsten Ausgabe, natürlich gekürzt, veröffentlichen würdet. Fotokopien von Porträt und Adresse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) haben wir beigelegt.

Mit Dank und Gruß

Fritz Pospiech

Bemerkung der Redaktion:

Dank und Gruß an die Esslinger Genossen. Wir freuen uns über Eure Initiative und veröffentlichen in dieser Ausgabe zunächst einmal die historische Traueranzeige des EKKI.



Das Präsidium des EKKI zum Meuchelmord an den vier Kommunisten

Das Präsidium des EKKI veröffentlicht folgende Mitteilung:

Das Präsidium des EKKI gibt den schweren Verlust bekannt, den die KPD und das ganze deutsche Proletariat durch den Meuchelmord der faschistischen Regierung an dem Sekretär des ZK der KPD, Genossen John Schehr, sowie an den Funktionären, den Genossen Erich Steinfurth, Eugen Schönhaar und Rudolf Schwarz erlitten hat.

Zugleich bekundet das Präsidium des EKKI den Angehörigen dieser auf dem Kampfposten ermordeten Genossen sein Beileid.

Hoch die Sache der Revolution, für die diese Genossen bis zum letzten Atemzug heldenhaft kämpften!

Zum 75. Jahrestag des Hamburger Aufstands

Ein heroisches Kapitel

Viele von uns erinnern sich an den großartigen Film „Ernst Thälmann - Sohn seiner Klasse“ von Willi Bredel und Michael Tschesno-Hell, in dem der unvergessene Günther Simon die Hauptrolle spielte. Auch an jene Szene, in der Thälmann vor Hamburger Werftarbeitern den heroischen Charakter der Erhebung des besten und kämpferischsten Teils der Klasse würdigt. Am 23. Oktober 1923 erhob sich das Hamburger Proletariat mit der Waffe in der Hand, um die Macht zu erobern. Die Aktion sollte das Signal für die Erhebung der Arbeitermassen in ganz Deutschland sein und den Auftakt zur Brechung der Macht der Bourgeoisie bilden.

1923 reifte in Deutschland eine revolutionäre Situation heran. Das Kapital hatte seine im November 1918 erschütterte Herrschaft noch nicht wieder stabilisieren können. Das ganze Land wurde von einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise erfaßt. Über acht Millionen Werktätige - die Hälfte der Arbeiterklasse - waren erwerbslos oder mußten kurzarbeiten. Die Inflation galoppierte. Pausenlos rotierten die Druckautomaten, um wertloses Papiergeld auszuspucken. Während die Bourgeoisie ihre Schulden damit begleichen konnte, erhielt eine Arbeiterfamilie für ihren Wochenlohn kaum noch ein Kilo Brot. Am 23. Oktober 1923 stand der Kurs eines Dollars bei 75 Milliarden Mark.

Im August hatte ein Generalstreik das Kabinett Cuno gestürzt und der folgende Kanzler Stresemann äußerte seine Überzeugung, „die letzte bürgerliche Regierung“ in Deutschland zu bilden. Der Einfluß der KPD wuchs rasch. Überall entstanden Proletarische Hundertschaften. In Sachsen und Thüringen formierten Kommunisten und Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung. In Hamburg, wo die Werft- und Hafenarbeiter streikten, war die Situation besonders explosiv. Das Proletariat der Hansestadt setzte seine Hoffnungen auf einen Reichsbetriebsrätekongreß in Chemnitz. Von ihm wurde erwartet, daß er zum Generalstreik im ganzen Land aufrufen werde. Über Hamburg war der Ausnahmezustand verhängt worden, es galt die höchste Alarmstufe für die Polizei. Doch sogar ein Teil der Schupos sympathisierte mit den Arbeitern. Da starke Reichwehrruppen eiligst nach Mitteldeutschland verlegt worden waren, sah sich der örtliche Machtapparat geschwächt. In dieser Situation beschloß die Hamburger Leitung der KPD, den Aufstand zu beginnen. Arbeitergruppen nahmen in Barmbek, Schiffbek, Eilbek und Hamm am Morgen des 23. Oktober im Handstreich 17 Polizeiwachen ein, entwaffneten die Beamten und beschlagnahmten deren Arsenale. Gleichzeitig wurde vor Bahnhöfen und Betrieben zum Generalstreik aufgerufen. Der Appell fand starke Resonanz. Gegen 7 Uhr früh gab man in einigen Arbeit-

tervierteln den Befehl zum Barrikadenbau aus.

Doch der Kampf blieb auf den Norden und Südosten Hamburgs beschränkt. In der Innenstadt und in Altona fielen keine Schüsse. Auch die Besetzung wichtiger strategischer Punkte ließ sich nicht verwirklichen. Die im Ganzen noch intakte Polizei erhielt unterdessen von bewaffneten Rechtsextremisten Unterstützung.

In dieser komplizierten Situation sah sich die Aufstandsleitung zu der Direktive gezwungen, die Kämpfe einzustellen und den geordneten Rückzug anzutreten, zumal sich herausgestellt hatte, daß eine knappe sozialdemokratische Mehrheit auf dem Betriebsrätekongreß in Chemnitz schon am 21. Oktober gegen den Generalstreik votiert hatte, was zunächst nicht nach Hamburg gedungen war. Unter Mitnahme ihrer Waffen zogen sich die Kämpfer diszipliniert zurück. Am Morgen des 24. Oktober traf weitere Verstär-

kung für die Konterrevolution ein. Der von zwei Torpedobooten begleitete Kreuzer „Hamburg“ setzte 500 Schupos aus Lübeck an Land. Zu dieser Zeit griffen durch Zivilisten verstärkte Polizeitruppen Barmbek konzentrisch an, stießen dabei aber ins Leere. Die Aufständischen waren nicht mehr in ihren Stellungen. Bei den Kämpfen kamen viele der unbewaffnet an der Erhebung teilnehmenden Arbeiterinnen und Arbeiter ums Leben. Von den Bewaffneten fielen nur wenige. Ihre kluge Taktik bewahrte sie vor einem größeren Desaster.

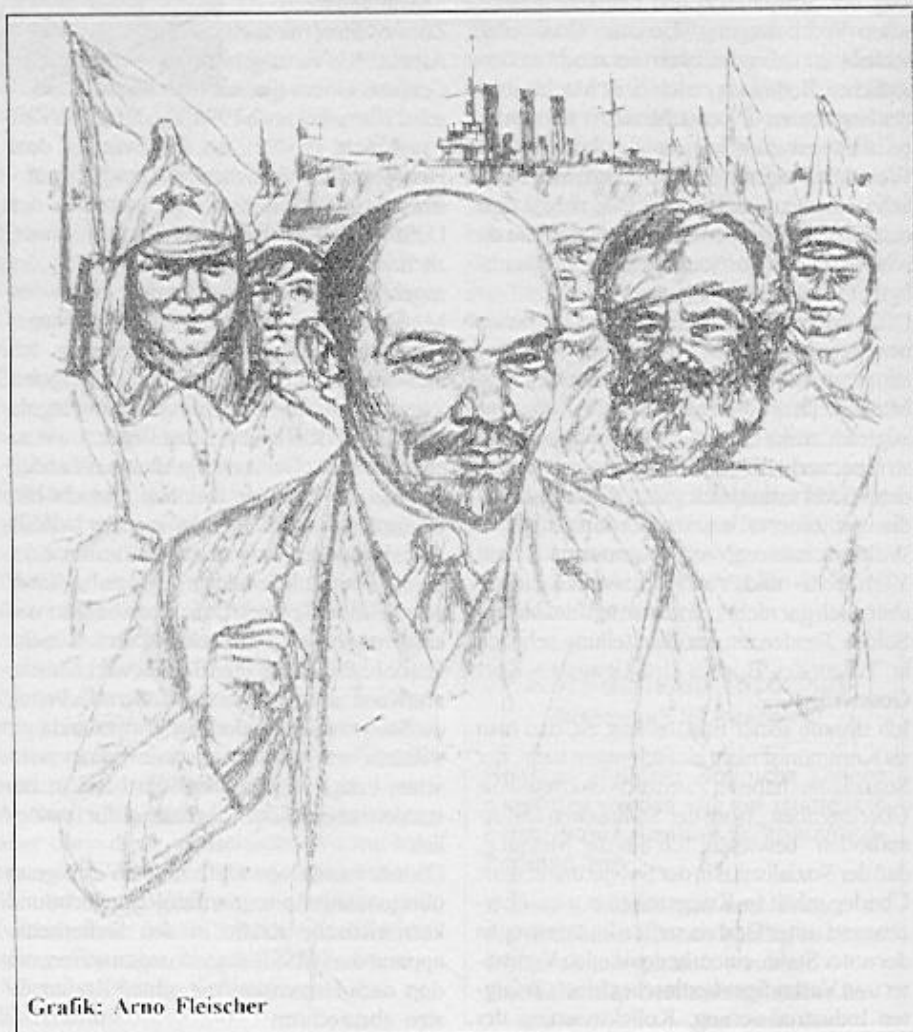
Nach der Niederschlagung des Hamburger Aufstandes, der untrennbar mit dem Namen Ernst Thälmanns verbunden bleibt, ging die Reaktion auch in anderen Landesteilen mit äußerster Brutalität vor. Die Arbeiter-Regierung in Sachsen und Thüringen wurde liquidiert, die Repression gegen Kommunisten und Sozialisten in ganz Deutschland verschärft.

Der Hamburger Aufstand bleibt trotz seiner Niederlage ein heroisches Kapitel in der wechselvollen Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

R.F.

81. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

80. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution - Nichts war umsonst!



Grafik: Arno Fleischer

Noch einmal zu Kurt Gossweilers Buch „Wider den Revisionismus“

Bitte nichts weglassen!

Wie mehrmals im „RotFuchs“ und in der UZ zu lesen war, ruft das Buch des Genossen Kurt Gossweiler „Wider den Revisionismus“ mit Recht starkes Interesse hervor. In der Tat erscheint der Revisionismus mit seinen vielen Facetten gegenwärtig als die ernsteste Abweichung vom Marxismus-Leninismus in der kommunistischen Bewegung. Insofern habe ich das Buch, was die Darstellung des Inhalts, der Spielarten und der Methoden des modernen Revisionismus sowie seine beiden Hauptexponenten Chruschtschow und Gorbatschow betrifft, mit überwiegender Zustimmung gelesen.

Ich möchte indes zu zwei Aspekten Stellung nehmen, wobei ich das in alter kommunistischer, kritischer, aber kameradschaftlicher Betrachtungs- und Herangehensweise tue. Ausgangspunkt ist das von Genossen Gossweiler gewählte Motto, ... nur das für wahr zu halten, was man selbst überprüft hat ...“ und ... Tatsachen als „oberste Instanz ...“ zu betrachten.

So gilt mein Interesse auch einer anderen Seite des Buches, der ich nicht zustimme: Der auf mich schönend und einseitig wirkenden Darstellung der Tätigkeit Stalins, seiner Rolle in der Entwicklung der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung. Genosse Gossweiler schreibt: „... daß in den Jahren der zunehmenden tödlichen Bedrohung nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland der notwendige Abwehrkampf in schrecklich exzessiver Weise übersteigert wurde, schmerzt jeden wirklichen Kommunisten tiefer als jene, die das zum einzigen Maßstab der Beurteilung der historischen Rolle der Sowjetunion und ihrer damaligen Führung machen ...“.

Diese Meinung teile ich. Ja, die Repressionen der Stalinschen Führung in einer bestimmten Periode können nicht der einzige Maßstab ihrer Beurteilung sein. Ich bin aber zugleich strikt dagegen, daß Vorgänge bestritten, verharmlost oder gar ironisiert werden, die es tatsächlich gab, - Geschehnisse, die mit unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung, mit kommunistischen Verhaltens- und Verfahrensweisen nichts, aber auch gar nichts zu tun hatten und haben. Solche Tendenzen der Darstellung sehe ich in Teilen des Buches des Genossen Kurt Gossweiler.

Ich stimme seiner Feststellung zu, daß man als Kommunist nicht einfach sagen kann, der Sozialismus habe im zweiten Weltkrieg seine Überlegenheit „trotz der Stalinschen Deformationen“ bewiesen. Ich bin der Meinung, daß der Sozialismus in der Sowjetunion seine Überlegenheit in Kriegszeiten nur so überzeugend unter Beweis stellen konnte wegen der unter Stalin, einem bedeutenden Verbreiter und Verteidiger Leninscher Ideen, erfolgter Industrialisierung, Kollektivierung der

Landwirtschaft, kulturellen Revolution, erfolgreichen Durchführung der Fünfjahrpläne - und trotz der fast vollständigen Enthauptung der Roten Armee zwischen 1936 und 1938 von der Obersten Militär- und Politführung bis hinunter zur Regiments-ebene durch die mit Stalins Namen verbundenen Repressalien.

Diese Maßnahmen in der Roten Armee durch das Stalinsche Politbüro - einschließlich des späteren „Entlarvers“ und erwiesenen Heuchlers Chruschtschow - zogen hauptsächlich wegen der durch Verhaftung und Auslöschung hervorragender Heerführer und Truppenkommandeure erfolgten Schwächung des Militärkaders die schwerwiegenden Ereignisse der Jahre 1941 und 1942 nach sich: Die schlimmen Rückzüge und gravierenden Niederlagen der heroisch kämpfenden Roten Armee, die oft den sicheren Tod bedeutende Gefangenennahme unzähliger Kämpfer, Offiziere und Kommissare, das Zurücklassen von Millionen und Abermillionen Sowjetbürgern, die dem Massenterror der faschistischen Henker ausgeliefert wurden. All das ist nicht wegzuwischen. Ich habe vieles selbst erlebt und weiß, wovon ich rede. Es war leider so!

Zum zweiten, mir auch wichtig erscheinenden Aspekt: Ich vermag nicht zu verstehen, wie Genosse Gossweiler als marxistisch-leninistischer Historiker noch 1994, also in unserer Zeit - und nicht 1950/51, als so etwas auf dem Höhepunkt des Personenkults möglich war - einen imperialistischen Diplomaten in der UdSSR, den Botschafter der USA, Mr. Davies, als Sachverständigen für die Beurteilung der angeblichen Schuld der Mehrheit der in den Moskauer Prozessen der 30iger Jahre Angeklagten betrachten und heranziehen kann. Ich muß annehmen, daß er keine glaubwürdigeren Zeitzeugen für eine Bewertung der Vorgänge in den Jahren 1936 bis 1939 und länger sowie zu einer - nach Davies angeblich vorhanden gewesen - „Fünften Kolonne“ gesucht hat. Ich bestreite keineswegs, daß es in der UdSSR echte Feinde der Sowjetmacht und im Sinne der Gesetze wirklich Schuldige gegeben hat, - aber eine „Fünfte Kolonne“, die überwiegend aus einst von uns mit Hochachtung als Leninsche Garde bezeichneten alten Bolschewiki, Massen von Kommunisten, leitenden Kadern der Partei, der Sowjetregierung, der Roten Armee und ihrer militärischen Aufklärung sowie kommunistischen Emigranten aus anderen Ländern bestanden haben müßte - das halte ich für unmöglich.

Damals wurde von Opfern der Verfolgung übrigens angenommen, daß gegnerische und karrieristische Kräfte in den Sicherheitsapparat der UdSSR eingedrungen waren, um dort nach Herzenslust mit echten Kommunisten abzurechnen.

Genosse Kurt Gossweiler hätte über die Jahre hinweg, von einer bestimmten Zeit an, deutsche Kommunisten, die nicht - wie der Autor meint - vom NKWD für Feinde gehalten, sondern mehrheitlich dazu gestempelt wurden, als verlässliche Beurteiler selbst erlebter Vorgänge befragen können. Ich meine solche Genossinnen und Genossen, die trotz allem unserer Sache treu ergeben blieben, weiter zur Sowjetunion standen und ihre Kräfte während des Krieges und nach dem Sieg dem Sozialismus, der Partei voll zur Verfügung stellten.

Das dazu - aber Genosse Gossweiler hat mit seiner Meinung ohne Zweifel recht, daß nicht jeder Verurteilte ein „Opfer des Stalinismus“, also unschuldig und damit „... ein besonders wertvoller Mensch ...“ war, wie später Gorbatschow und seine verräterische Clique aus antikommunistischen, antisowjetischen Motiven behaupteten.

Als Zeitzeuge von 1933 bis mehr oder weniger zum Kriegsende, als deutscher Kommunist in der Sowjetunion habe ich die ungemein positiven, ja einfach begeisternden, aber auch als selbst davon Betroffener - die negativen Entwicklungen im ersten sozialistischen Staat erlebt. Daher bin ich für Ausgewogenheit und Vollständigkeit in der Bewertung des Verlaufs der Dinge, wobei es keine Weglassungen geben darf. Eine wie auch immer geartete rechtfertigende Umschreibung unleninistischer Züge in der Politik Stalins und seiner Umgebung halte ich - auch in Zeiten des sich breit machenden Revisionismus - für falsch.

Zugleich sollten wir die Auswüchse des von Stalin selbst geförderten Personenkults nicht zum einzigen Maßstab der Beurteilung der historischen Rolle der damaligen Führung der Sowjetunion machen, wie das nicht nur der Klassenfeind praktiziert und propagiert, sondern hier und dort selbst Leute in den eigenen Reihen bevorzugten.

Es ist längst an der Zeit, eine kompetente, historisch wahre, das Positive und das Negative gleichermaßen enthaltende gerechte Würdigung der Rolle Stalins kollektiv zu erarbeiten, die von der Mehrheit der Kommunisten in unserer Partei und in Bruderparteien getragen werden kann.

Diese Zeilen wurden nicht geschrieben, um vom Kampf gegen den Revisionismus abzulenken. Ganz im Gegenteil! Dieser unerläßliche Kampf sollte indes auf kritischem und selbstkritischem Hintergrund geführt werden, unter Berücksichtigung der trotz unserer zeitweiligen schweren Niederlage in die Geschichte eingegangenen großen Erfolge sowie der Fehler und Schwächen der kommunistischen Weltbewegung. Dabei sollten wir nüchtern und realistisch alle vom Marxismus-Leninismus abweichenden Tendenzen fest im Auge behalten.

Harry Schmitt

Dr. Manfred Sohn schreibt dem Rotfuchs

Eine Ergänzung zum China-Bericht von Eike Kopf

China, Japan und das NÖS der DDR - was hat das denn miteinander zu tun?

Scheinbar sind diese Länder in vielerlei Hinsicht meilenweit voneinander entfernt: Das nach wie vor von einer kommunistischen Partei regierte Riesenland China, die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt, das hochentwickelte kapitalistische Japan mit seiner 400.000 Mitglieder starken kommunistischen Partei und die vom BRD-Imperialismus geschluckte kleine DDR.

Und doch helfen uns alle drei zur Zeit enorm bei einer der wichtigsten Aufgaben, die wir Kommunistinnen und Kommunisten zu bewältigen haben: Nach der schweren Niederlage 1989 den Entwicklungsgesetzen, die unsere Zeit prägen, näher zu kommen, sie wissenschaftlich zu begreifen und aus diesem Begreifen heraus die praktischen Schritte abzuleiten, die eine neue Offensive der an Marx, Engels und Lenin orientierten Kräfte der Welt einleiten.

Der beeindruckendste Satz aus dem vorzüglichen Bericht von Eike Kopf war für mich der, in dem er darauf hinweist, daß bis zum Jahre 2049 „dem Inhalt nach die Grundlagen (!) des Sozialismus in China“ erarbeitet werden sollen. Das also ist das nüchterne Ziel einer am wissenschaftlichen Sozialismus orientierten Partei, die bereits rund 50 Jahre regiert. Das sind die Zeitdimensionen, in denen wir uns zu bewegen haben. Ich persönlich habe immer stärker den Eindruck, daß unser - übrigens auch schon von Marx selbst begangener - Hauptfehler in der theoretischen Arbeit der Vergangenheit das Verschätzen in der Dimension der Zeit war.

Die „Japan Press Weekly“, der Auslandspressediens der Japanischen Kommunistischen Partei, befaßte sich am 19. September noch einmal ausführlich mit einem Ereignis, daß in unseren Medien kaum, in denen der USA und erst recht in Japan und China aber sehr sorgfältig und ausführlich registriert worden ist: Dem in Juli dieses Jahres erfolgten mehrtägigen Besuch einer Delegation der Japanischen Kommunistischen Partei (JKP) unter Leitung ihres Vorsitzenden Fuwa in der VR China, in dessen Mittelpunkt ein ausführliches Gespräch mit Jiang Zemin, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, stand. Damit sind die für 32 Jahre unterbrochenen Beziehungen zwischen diesen beiden wichtigen kommunistischen Parteien Asiens wieder normalisiert. Aus einem Pressegespräch

über diesen Besuch wird dort berichtet: „Fuwa nahm Bezug auf den Blick der KPCh, der die internationalen Entwicklungen von einer sehr weitgefaßten Perspektive erfaßt und auf der Idee basiert, daß '100 Jahre nötig sein werden, um durch die erste Stufe des Sozialismus hindurchzukommen'. Fuwa sagte, auch die JKP habe eine solche langfristige Perspektive“.

Und was hat die DDR mit dem allen zu tun? Ich persönlich hatte im April dieses Jahres die Ehre, auf Einladung der JKP zu einem mehrtägigen Studienbesuch in Japan zu sein. Dabei kam es auch zu Gesprächen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der dortigen kommunistischen Partei. Deren Leiter, Tadatoshi Tashiro, verblüffte mich auf meine Frage nach den kommenden Forschungsschwerpunkten seines Instituts mit der Ankündigung, man wolle sich vor allem intensiv mit der NÖP Lenins, der Auswertung dieser NÖP durch die gegenwärtige Politik der KP Chinas beschäftigen und er beschämte mich dadurch, daß er detailliert Bescheid wußte über die Diskussionen über die NÖS in der Ulbricht-Ära der DDR.

Hier schließt sich der Kreis. Die Genossen Florath und Huar haben jüngst in den „Weißenseer Blättern“ eine vorzügliche Darstellung dieser Debatten um das NÖS gegeben. Zum Teil werden diese Erfahrungen - das müssen wir zu unserer Schande gestehen - in anderen kommunistischen Parteien, die sich noch dazu die Mühe machen, die Sprachbarrieren zu überspringen, nüchterner und gründlicher ausgewertet als im Heimatland von Marx und Engels. Und doch ist diese ganze Frage der gleichzeitig entschlossenen und behutsamen Übergänge zwischen Kapitalismus und Kommunismus, die Frage der Eigenständigkeit des Sozialismus als einer sich nach dutzenden von Jahrzehnten bemessenden Übergangsgesellschaft eine der theoretisch wesentlichen Probleme, die wir sauber zu klären haben als Grundlage künftiger Siege.

Das Einbringen der Diskussionen aus China, Japan und der NÖS-Erfahrungen der DDR in die theoretischen und praktischen Debatten der klein gewordenen kommunistischen Bewegung in Deutschland wird uns helfen, an diesem wichtigen Punkt voranzukommen - und „Rotfuchs“ und „Weißenseer Blätter“ tragen jetzt schon einen wertvollen Teil dazu bei. □

Castro erfuhr verdiente Ehrung

Champion für Menschenrechte

Am 23. Oktober wurde Kubas Fidel Castro mit dem Menschenrechtspreis der GBM - der größten Menschenrechtsorganisation im Osten Deutschlands - ausgezeichnet. Damit erfuhren die beispielhaften Leistungen des ersten sozialistischen Staates in Lateinamerika, der seinen Bürgern ein menschenwürdiges Leben garantiert, hohe Anerkennung.

In den Jahren zuvor waren durch die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, der 4.500 Mitglieder in 35 Ortsverbänden angehören, bereits zwei andere herausragende Persönlichkeiten mit dem Preis geehrt worden: Pastor Dr. Dieter Frielinghaus sowie der französische Rechtsanwalt Pierre Kaldor.

Castro, der von einem Großteil der Menschheit als Hoffnungsträger betrachtet wird - dies zeigte sich zuletzt anlässlich seiner Teilnahme an einer Tagung der Weltgesundheitsorganisation in Genf und bei einem Treffen von Vertretern nichtpaktgebundener Staaten in Südafrika - hat den Preis angenommen, zu dem ein Scheck über mindestens 10.000 Mark für ein Altenheim in Kuba gehört.

Die Entscheidung der GBM, den von den Imperialisten und ihren Erfüllungsgehilfen wegen angeblicher Verletzung politischer Freiheitsrechte attackierten Führer der kubanischen Revolution als Champion für die Durchsetzung sozialer Menschenrechte zu ehren, ist ein mutiger und folgerichtiger Entschluß. Er verdient den Respekt aller fortschrittlichen Kräfte. Daß dies im 50. Jahr der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UNO geschieht, unterstreicht nur die Bedeutung des Ereignisses. Zurecht betonte Prof. Wolfgang Richter, Vorsitzender der 1991 von Wissenschaftlern, Künstlern und Theologen ins Leben gerufenen GBM, die jetzt bereits das sechste Weißbuch zum „Unfrieden in Deutschland“ vorbereitet: „Ohne die Gewährleistung der sozialen Menschenrechte sind die politischen Freiheitsrechte nicht wahrzunehmen.“

R.F.

Mitteilung:

Der bekannte Maler alternativer Ikonen, Grafiker und Karikaturist Anatoli Schinin (SHAHAR) ist vom „RotFuchs“ für eine ständige Mitarbeit gewonnen worden und wird einige seiner Arbeiten ab sofort in unserer Zeitung präsentieren.

Die Redaktion

Reporterskizzen (6)

Geflüster mit einer Nonne

Der Flug von Freetown nach Las Palmas, zu dem ich am Morgen des 6. Oktober 1974 gestartet war, um von Sierra Leone wieder nach Europa zu gelangen, verlief recht angenehm. Die Besatzung der nicht ausgelasteten philippinischen DC 10, in deren Obhut mich der fröhlich-besoffene KLM-Manager gegeben hatte, bestand aus Holländern. Sie ernannten mich offenbar insgeheim zum Testpassagier, stopften mich mit allen möglichen Delikatessen voll und ließen sich dann auf einem nur ausgewählten Reisenden vorgelegten Fragebogen ihren vortrefflichen Service bescheinigen. Nie in meinem Leben bin ich bei einer Linie besser bedient worden!

Auf Spaniens Kanarien sah es zunächst nicht so rosig aus. Der mich abfertigende Beamte der Geheimpolizei Seguridad schien kein Erbarmen zu haben. „Ich kann Sie nicht reinlassen. Ausgeschlossen. Sie besitzen kein gültiges Visum. In Las Palmas findet Spaniens Grenzkontrolle statt. Die Weiterreise nach Madrid ist ein reiner Inlandsflug. Ich gerate in Teufels Küche, wenn ich einen ungestempelten Ostblockpaß akzeptiere. Wir werden Sie irgendwohin abschieben!“, verkündete er schroff sein Verdikt. Ich setzte mein hilflosestes Gesicht auf, schilderte mit brüchiger Stimme mein ungewolltes und unverschuldetes Abdriften nach Afrika, das mich, einen ganz und gar harmlosen Reiseschriftsteller, nun auf dem fernen kanarischen Archipel habe stranden lassen. Allein, die Wirkung blieb gleich Null. Francos Beamter zeigte sich völlig unbeeindruckt. Da kam mir ein rettender Gedanke. Ich blätterte in meinem scheinbar nutzlosen Dienstpaß und schlug nacheinander drei Seiten mit spanischen Einreisevisa auf, die mir nur Wochen und Monate zuvor durch die Madrider Botschaft in Lissabon erteilt worden waren. „Überzeugen Sie sich bitte selbst, Señor. Ich genieße augenscheinlich das Vertrauen Ihres Landes. Oder?“, sagte ich in wieder festerem Ton. Der stramme Offizier stutzte und suchte nach einer Antwort. Und da es heiß war in „Südeuropa“ vor Afrikas Küste und er des Spiels schon längst überdrüssig, machte er eine „einmalige Ausnahme“ unter der Bedingung, daß ich mich nach Ankunft auf dem hauptstädtischen Flughafen Barajas sofort bei der Seguridad zu melden hätte. „Sie gehen uns nicht durch die Lappen“, versicherte er mir durchaus glaubhaft. So als „Roter“ in Franco-Spanien visalos eingereist, rief ich von einem Telefonautomaten aus sofort unseren Botschafter Peter Lorfan - die DDR hatte im Jahr davor unter dem Protest der illegalen KP Spaniens ohne Begleitung durch andere soziali-

stische Staaten Beziehungen zu Madrid aufgenommen, die sie einige Jahre später bei einem sich bietendem Anlaß rasch wieder einfror -, um ihn über meine Landung in Las Palmas zu verständigen. Der Diplomat wußte sofort Rat. „Nimm die nächste Iberia nach Barajas. Ich hole dich dort ab.“

Die Maschine startete erst später. Während des Wartens musterte ich die sich nach und nach einstellenden Mitreisenden. Unter ihnen befand sich eine schlanke junge Frau, deren auffallende Schönheit auch nicht durch die asketische Strenge einfordernde weiße Nonnentracht verdrängt werden konnte. An mein Ohr dringenden Gesprächen mit gleichgekleideten Amtsschwestern war zu entnehmen, daß sie in einer Klosterschule auf den Inseln als Lehrerin arbeitete. Beim Einsteigen in die Boeing 727 ergab es sich dann, daß die Nonne den Platz neben mir zugewiesen bekam.

Unsere Maschine hatte die notwendige Flughöhe erreicht, als die Stewardessen mit dem Austeilen von Zeitschriften begannen. Das in viel Stoff gehüllte Fräulein nebenan, das den Innensessel einnahm, reichte das obenauf liegende Blatt höflich an mich weiter. Es handelte sich dabei um „Arriba“, ein besonders finsternes Journal des faschistischen Movimiento Nacional - der Nationalbewegung Francos. Auf der Titelseite prangte ein überdimensionales Pfeilbündel der Kohorten des zum Diktator aufgestiegenen Henkers der Spanischen Republik. Die ersten Innenseiten triefen vor Haß auf die Revolution im benachbarten Portugal. Diese Art von Lektüre wollte ich mir nicht antun. Mit gewollt spitzen Fingern gab ich die Illustrierte zurück. Meine schöne Nachbarin schien die offenkundige Ablehnung des Gedruckten zu amüsieren. „Sind Sie Ausländer? Lesen Sie nicht spanisch?“ Ich überlegte einen Augenblick, dann wagte ich die Attacke: „Die Sprache ist es nicht, die mich stört. Aber ich lese nichts mit diesem Symbol“. Dabei zeigte ich auf das Pfeilbündel. Gespannt wartete ich auf die Reaktion der jungen Frau. „Das finde ich gut“, erwiderte sie leise. Dann folgte die Frage, mit der sich Ausländer überall auf der Welt zuerst konfrontiert sehen: „Wo kommen Sie her?“ Keinen Schritt zurück, offenes Visier, dachte ich. Und sagte in der Gewißheit, daß unser Gespräch damit wohl sein Ende finden werde: „Ich bin Kommunist und komme aus einem sozialistischen Land. Es heißt República Democrática Alemana.“ Die Nonne war überrascht, behielt aber ihre Fassung. Nach einer kurzen Pause verblüffte sie mich mit der unerwarteten Antwort: „Tatsächlich? Das ist interessant. Ich

habe noch nie mit einem Kommunisten und noch nie mit jemandem aus einem sozialistischen Land gesprochen.“ Und dann folgte ein Satz, den ich mein Lebtag nicht vergessen werde: „Wir Spanier haben gelernt, mit verschlossenem Mund zu sprechen. Wer gut zuhört, versteht uns trotzdem.“ So begann unsere fast zweistündige Unterhaltung zwischen Himmel und Erde, die mich in zuvor ungekannter Direktheit spüren ließ, daß die Uhren des Generalissimo abließen. Die Fragen meiner Gesprächspartnerin waren präzise, ihre eigenen Bemerkungen ohne jeden Versuch des Ausweichens. Und die engagierte Katholikin schützte auch nicht einmal das eigene Haus. Ein großer Teil des Klerus diene leider noch immer dem Regime, verkörpere sogar dessen Rückgrat, offenbarte sie ihre antifaschistische Gesinnung. „Aber Spaniens neue Generation will die Freiheit.“

Das notierte ich zu einer Zeit, als die Henker des Caudillo noch wüteten und zum Tode verurteilte baskische Widerstandshelden mit der Garotte - dem mittelalterlichen Würgeisen - hingerichtet wurden.

In Barajas, wo mich Botschafter Peter Lorf verabredungsgemäß in Empfang nahm, verabschiedete ich mich von der mutigen Klosterfrau. Als ich ihr meine Karte gab, nannte sie mir sogar ihren Namen. „Merken Sie sich gut: Ich heiße Carmen Franco - bitte verzeihen Sie mir den bei uns häufigen Nachnamen.“

Nach gründlichen Recherchen vor Ort, zu denen ich bald darauf wieder nach Madrid geflogen war, schrieb ich eine die Lage im Lande ungeschminkt bewertende Reportage, in der ich vor allem von der Solidarität mit den spanischen Antifaschisten ausging. „Ich nannte sie „Geflüster mit einer Nonne“. Der spannende Beitrag hätte eine ganze ND-Seite gefüllt. Diese sollte gerade in Druck gehen, da warf Chefredakteur Joachim Herrmann, ein von seinen hohen Ämtern arg überforderter Genosse, in letzter Minute das Handtuch. Eine Nonne habe im ND nichts zu suchen, entschied er klug. Und überhaupt sei der Artikel zu wenig auf die „diplomatischen Interessen der DDR“ ausgerichtet.

Er erschien nur zwei Wochen später in einer exzellenten kleinen Zeitschrift von großem Rang: der „Weltbühne“. Claudio Apedrejeiro, der langjährige Korrespondent des Blattes auf der Iberischen Halbinsel, mußte dort, wo der politische Verstand von Chefredakteur Peter Theek tickte, natürlich auch nicht auf die von anderer Seite geschmähte Überschrift verzichten: Es blieb bei „Geflüster mit einer Nonne“.

Klaus Steiniger

Die blendende Idee des Vaclav Havel

Madeleine for President!

Der Slogan bezieht sich auf USA-Außenministerin Madeleine Albright, die bei ihren Fernsehauftritten in den nicht gerade seltenen Krisengebieten, wo der imperialistische Weltgendarm „Ordnung schaffen muß“, ihren spröden Charme verspritzt und zugleich massive Drohungen ausstößt. Aber der Slogan zielt nicht etwa darauf ab, Madeleine zur Nachfolgerin Bills zu küren, wenn sich die amerikanische Rechte seiner tatsächlich entledigen sollte. Clintons Erbe würde zunächst einmal Vizepräsident Al Gore und in der längeren Perspektive sicher ein weiter rechts stehender Kandidat antreten. Den Fehler, einen früheren Vietnamkriegsgegner mit sozialdemokratischen Neigungen zum Präsidenten wählen zu lassen, wird das politische Establishment des USA-Kapitals gewiß kein zweites Mal begehen. Madeleine gehörte nicht gerade zu den Vietnamkriegsgegnern. Aber trotz ihrer in Sachen Kosovo erneut demonstrierten Scharfmacherrolle besitzt sie wenig Chancen, in den Vereinigten Staaten höherer Weihen teilhaftig zu werden. Zumal sie das falsche Geschlecht hat. Denn noch nie saß in Washington eine Präsidentin im Weißen Haus.

Doch zu einem Export könnte es vielleicht reichen. Erfahrungen liegen zur Genüge vor. Der in Bonner Gefilden abgehalfterte Biedenkopf kam in der annektierten DDR, obwohl gar kein gebürtiger Sachse, sogar zu dortigen Königswürden. Ein gewisser Schewardnadse, einst Außenminister der durch Gorbatschow in den Untergang geführten UdSSR, schaffte in Georgien nach seinem Übertritt zum Christentum den Sprung ins Präsidentenamt.

Madeleine Albright kann immerhin auf ei-

nen tschechischen Vater verweisen. Dieser war Diplomat des 1948 in Prag aus dem Fenster gefallenen bürgerlichen Außenministers Jan Masaryk. Aparterweise diente Madeleines Dad in Jugoslawien, bis er - aus Protest gegen die Errichtung der Volksmacht in der Tschechoslowakei - nach den USA entflochte.

Das muß wohl Vaclav Havel dazu angeregt haben, die Dame Albright für die anstehenden Präsidentenwahlen in Tschechien ins Gespräch zu bringen. Der als Mitbegründer der sogenannten „Charta 77“ bekanntgewordene fanatische Antikommunist, dessen kapitalistische Familie ihr „geraubtes Eigentum“ nach der „samtenen Revolution“ zurückbekam, war 1990 in Prag Staatschef geworden. Vom Hradschin aus sorgte er für den „demokratischen Umbau“, wie er die Rückkehr der Ausbeuter bezeichnete. Doch nun bangt der mit vielen Preisen geehrte Held der westlichen Welt um sein Lebenswerk. Er sucht einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin mit Erfahrungen im Krisenmanagement, um das einflußreiche Amt zur Verteidigung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ nutzen zu können. Zwar droht kein Einmarsch garstiger Sowjettruppen mehr, die mit ihrer Aktion im August 1968 die Umsetzung der Freiheitsideale Havels und anderer um 21 Jahre verzögerten. Aber die Masse ist ja bekanntlich, wie gerade erst die Demonstriererei gegen Rußlands Jelzin gezeigt hat, völlig unberechenbar.

Da den eigenen Aborigines nicht zuzutrauen ist, daß sie das hohe Amt auch mit der notwendigen Strenge verwalten, kam der geplagte Havel auf die geniale Idee, Madeleine Albright als mögliche Kandidatin zu präsentieren. Um keinen Zweifel an der Seriosität des selbst für Leute seines Schlages recht ungewöhnlichen Gedankens aufkommen zu lassen, befahl Havel seinem Pressesprecher Ladislav Spaček, gegenüber DPA ganz amtlich zu erklären: „Das ist ein ernstgemeinteter Vorschlag.“

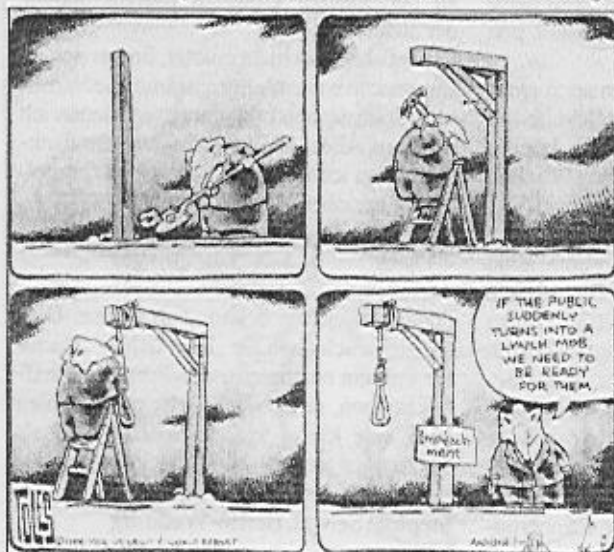
Ein Jawort der Umworbenen steht noch aus. Vielleicht ist das aber auch nur darauf zurückzuführen, daß Madeleine erst einmal alle Hände voll zu tun hat, für ihren auf dem Schleudersitz gelandeten Präsidenten außenpolitisches Sperrfeuer zu schießen.

Gerhard Feldbauer

Der Baggerführer Willibald

1. Es ist am Morgen kalt, / Da kommt der Willibald / und klettert in der Bagger / und baggert auf dem Acker / ein tiefes Loch. / Was noch?
2. Naja, so fängt das an. / Dann kommen alle Mann. / Sie bauen erst den Keller. / Dann bau'n sie immer schneller. / Was kommt dabei heraus? / Ein Haus!
3. Und in das Haus hinein / zieh'n feine Leute ein. / Die Miete ist sehr teuer. / Kost siebenhundert Eier. / Wer kriegt die Miete bloß? / Der Boß!
4. Der Boß kommt groß heraus. / Dem Boß gehört das Haus. / Der Boß gehört der Bagger, / der Kran und auch der Acker. / Und alles, was da ist. / So'n Mist!
5. Der Boß steht meistens rum / und redet laut und dumm. / Sein Haus, das soll sich lohnen. / Wer Geld hat, kann drin wohnen. / Wer arm ist, darf nicht rein! / Gemein!
6. Der Willibald kriegt Wut. / Er sagt: „Das ist nicht gut!“ / Er steigt auf eine Leiter: / „Hört her, ihr Bauarbeiter, / der Boß ist, wie ihr seht, / zu blöd!“
7. Sein Haus, das bauen wir! / Was kriegen wir dafür? / Der Boß zahlt uns den Lohn aus. / Die Miete für sein Wohnhaus, / die ist in unsrem Lohn / nicht drin!
8. Das hat doch keinen Zweck! / Der Boß geht besser weg! / Dann bau'n wir für uns selber / ein schönes Haus mit Keller. / Da ziehen wir alle ein. / Au fein!“
9. Wie Willibald das sagt, / so wird es auch gemacht. / Die Bauarbeiter legen los / und bauen Häuser, schön und groß, / wo jeder gut drin wohnen kann, / weil jeder sie bezahlen kann. / Der Baggerführer Willibald / baut eine neue Schwimmanstalt. Da spritzen sich die Leute naß. / Das macht sogar dem Bagger Spaß.

Text und Musik: Dieter Süverkrüp



Amtsenthörung Clintons? „Wenn sich die Öffentlichkeit plötzlich in einen Lynchmob verwandelt, müssen wir für sie bereit sein“ Der Elefant ist das Symbol der Republikanischen Partei der USA



Briefe an „RotFuchs“



Vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Die Zeitung ist sehr interessant und informativ. Sie ist gut lesbar und auch das Layout gut durchdacht. Ich stimme mit der Meinung in den Zuschriften überein, die Ihr bekommt, daß hier eine gute Zeitung geschaffen wurde, die auf den Grundwerten des Marxismus-Leninismus steht. Ich kann Euch nur zu ihrem Erscheinen herzlichst gratulieren.

Ich hätte noch eine Bitte: Ist es möglich, daß Ihr uns die Zeitschrift regelmäßig übersendet und die Wiedergabe einiger Eurer Artikel in unserer Zeitschrift „Klub 34 - Information“ gestattet? Der Klub 34 entstand vor zehn Jahren, als sich ehemalige Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs - wir nennen sie kurz Alt-KJVLer - zu einem Treffen in Wien zusammenfanden. Mehr als 500 solcher Alt-KJVLer trafen sich und bekräftigten ihre Treue zum Marxismus-Leninismus. Vor acht Jahren wurde unsere Zeitung „Klub 34 - Information“ gegründet, von der nun schon 63 Nummern erschienen sind.

Zur Erklärung: Im Februar 1934 griffen Teile der Arbeiter Wiens gegen den österreichischen Faschismus zur Waffe. Diese Tradition bedeutet uns sehr viel und wir bekennen uns immer wieder zu ihr.

Nochmals Anerkennung für Eure Zeitung „RotFuchs“, wobei mich persönlich interessiert, warum Ihr diesen Namen gewählt habt.

Otto Brichacek, Wien

Antwort der Redaktion: Wegen der Farbe und wegen der Schlau.

Seitdem ich die Zeitschrift „RotFuchs“ bekomme, freue ich mich stets, wenn sie bei mir im Briefkasten steckt. Ich lese den „RotFuchs“ gern, weil er das Wahre schreibt. Ich danke Euch und lege 10 DM bei.

Tschüß, Eure Ulla Witte aus Berlin Mitte

Unseren Dank für Klaus Steinigers Würdigung der DDR und unseren Gruß für „die Einen“ zum 7. Oktober!

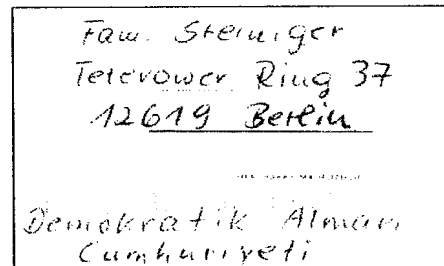
Man kann diese 40 Jahre historisch, politisch, ökonomisch, kulturell oder moralisch betrachten und bewerten - für uns waren sie die beste Zeit unseres Lebens. Frieden, Arbeit, Menschenwürde versprechen viele. Die DDR hat diese Werte unseren Eltern, uns und unseren Kindern gegeben. Unsere Gegner wissen, warum sie die Erinnerung an unseren Staat auslöschen möchten. Sie

fürchten sein Beispiel. Bewahren wir die Erinnerung für die Enkel und Urenkel, damit sie wissen, was zu tun ist, wenn unsere Zeit wiederkommt.

Müllhaufen der Geschichte? Dahin kommen die, die uns verkauft und verraten haben und die übergelaufen sind.

Rotfuchse, Ihr seid richtig. Beißt zu!

Dr. Regine und Prof. Hans Fischer, Berlin
P.S. 50 DM für Briefmarken



Unbeirrbar! Unsere Freunde Ercetin Özyaydin und Kerstin Seifert sandten im September 1998 diesen Gruß mit der Staatsbezeichnung der DDR aus der Türkei.

Es ist schon eine eigenartige Sache mit den Menschen! Nie sind sie richtig zufrieden, immer haben sie an allem rumzunörgeln, warum eigentlich? Nehmen wir die DDRler: Jetzt, da ihnen endlich Tür und Tor zur Welt offenstehen, hört die Mäkelei noch immer nicht auf. Ja, man kann hinkommen, wo man will, fast überall trifft man auf Meckerfritzen. Nehmt doch z.B. mich! Überall finde ich ein Haar in der Suppe, habe ich irgendetwas auszusetzen. Und dabei kann ich heute selbst entscheiden, ob ich mir das antue, Tag für Tag zur Arbeit zu rennen, oder ob ich vielleicht lieber im Freizeitpark Deutschland die blühenden Landschaften erkunden soll.

Meine Enkel sind gut dran. Sie müssen nicht wie ihre Eltern zu DDR-Zeiten täglich in einer Reihe in der Aufbewahrungsstelle Kindergarten auf dem Topf sitzen. Und dafür hatte man dann auch noch runde 13 Mark pro Monat hinzulegen.

Die glücklichen Kleinen werden auch nicht mehr gezwungen, während der Schulferien in finstere Lager zu verreisen. Was konnte ihnen dort für ganze 12 Mark in drei Wochen wohl schon geboten werden!

Jetzt gibt es keine Fahnenappelle mehr, dafür aber allenthalben muntere Reiterhöfe, tolle Erlebnisbäder, spannende Pfadpfinderspiele und vieles andere. Für nur 400 DM pro Woche kann ein Kind heutzutage die schönsten Ferien haben. Deshalb versteht auch niemand meine Tochter, wenn sie in mein Fahrwasser gerät und unzufrieden ist, weil sie angeblich nicht weiß, wie sie ihren drei Kindern diese kleine Freude ermöglichen soll. Dabei müßte sie selbst schlimme Erinnerungen daran haben, wie es war, als sie noch jedes Jahr sommers wie winters für drei Wochen mit ihren beiden Geschwistern verreisen mußte. Auch anderes hat sie ver-

drängt. So ist ihr offenbar entfallen, daß das Trio sofort nach der Schule eine Lehre antreten mußte und danach - ohne Luft schöpfen zu können - unverzüglich ins Berufsleben gezwungen wurde.

Irgendetwas muß ich falsch gemacht haben, wo doch jetzt alles so viel einfacher ist. Ich will mich da nicht rausreden. Schließlich haben es meine Eltern auch nicht besser gewußt. Jede Impfung hatte ich hinzunehmen, nur weil sie von staatswegen angeordnet war, und nichts von dem, was diese Diktatur 40 Jahre lang den Menschen angetan hat, blieb mir erspart. Da sind meine Enkel doch viel besser dran! Oder?

Monika Kauf, Berlin

Herzlichen Dank für die Zusendung des Septemberheftes von „RotFuchs“. Meine Vermutung bestätigte sich inzwischen: Ernst-Otto Schwabe war da als Initiator aktiv. Ich hatte bereits vorher durch Berliner Genossen die Juni- und Juli-Ausgaben erhalten und nach der Lektüre eigentlich vor, mich bei Euch als Abonnent zu bewerben. Damit ist bereits angedeutet, daß ich „RotFuchs“ für eine lesenswerte politische Publikation halte. Mir imponiert der kämpferische Geist, der diese DKP-Zeitung auszeichnet und in dem sich eindeutige Klassenpositionen mit dem Mut zu prinzipieller Kritik - nicht nur am Gegner, sondern auch an den eigenen Eseleien der Vergangenheit - verbindet. Jedenfalls erkennt man hier jenes sozialistische Profil, das einer sozialistisch etikettierten Tageszeitung weitgehend abhanden gekommen ist. Hinzu kommt, daß ich als Zeitungsmacher a.D. (der Verfasser des Briefes war u.a. viele Jahre stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung „Horizont“ - die Redaktion) auch die journalistische Leistung wohl zu schätzen weiß, die mit dem „RotFuchs“ vorgelegt wird. Sie erfordert neben großer Berufserfahrung wohl auch ein gerüttelt Maß an persönlicher Opferbereitschaft seitens der „Macher“.

Schließlich, aber nicht zuletzt, finden sich im Impressum wie im Autorenstamm die Namen von Genossinnen und Genossen, denen ich vertraue. Alles in Allem: Ich wäre sehr dankbar, wenn ich fortan den „Rotfuchs“ regelmäßig beziehen könnte.

Wolfgang Clausner, Schwerin

Füchse mögen ja bekanntlich Gänse. Dies gilt sicherlich auch für „RotFuchse“. Damit Sie ihm ein entsprechendes Futter beschaffen können, er also die Gans nicht stehlen muß, eine kleine Spende über 60 DM als Verrechnungsscheck. Meine Meinung zu Ihrer Zeitung erfahren Sie etwas später.

Stephan Selwat, Berlin-Wedding

Heute sind es 15 Monate bzw. 458 Tage, seit ich die Gnade der staatlichen Obhut genieße.

Das ist genau die Hälfte bis zu zwei Dritteln meiner Gesamtstrafe, d.h. ich habe nur noch 15 Monate durchzuhalten, wenn man mich nach zwei Dritteln entläßt. Entsprechend der bekannten Worte von Rosa Luxemburg „Heiter trotz alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche“ wird die zweite Hälfte in Angriff genommen, denn ab 5.10.98 geht es Tag für Tag ein kleines Stück bergab. Die Solidarität, die man uns, Eva und mir, unverändert in großem Maße entgegenbringt, wird uns sicher auch über diese Zeit hinweghelfen.

Die Bundestagswahlen liegen hinter uns. Rosa-Grün ist m.E. genauso vom Antikommunismus und von der Notwendigkeit der Abrechnung mit dem „Unrechtsstaat DDR“ befallen wie Schwarz-Gelb. Ich hatte und habe deshalb auch nach der Wahl keinerlei Illusionen, was meine nächste Zukunft betrifft, und versuche auch weiterhin alle Bedrohungen vor unbegründeten Hoffnungen zu bewahren.

Trotz allem, das schönste Erlebnis des Wahlsonntags waren für mich die Fernsehbilder mit den langen, leicht zur Faust geballten Gesichtern von Kohl, Hintze, Blümm, Rühle usw., denen eindeutig anzusehen war, daß sie mit diesem leichten Erdbeben - in Anbetracht ihrer großen Verdienste um die „schamlosen und undankbaren Ossis“ - nicht gerechnet hatten.

Karl Leonhardt, JVA Hakenfelde

In schwierigen Zeiten - der „RotFuchs“ gibt Kraft! **Rüdiger Czech, Berlin**

Der achte „RotFuchs“ ist wohlbehalten in meinen Bau geschnürt. Vielen Dank dafür. Ein paar Briefmarken und ein kleiner Geldbetrag sollen zu seinem weiteren Gedeihen beitragen.

Klaus Weber, Schwedt

Klaus Steiniger und Karl-Eduard v. Schnitzler haben mich mit ihren Beiträgen im „RotFuchs“ Nr. 8 in meinem Klassenstandpunkt erneut bestärkt („Die Gretchenfrage“ und „Deutsch und stolz“?). Im „Neuen Deutschland“ hingegen kommen sehr oft Leute zu Wort, die den wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Frage stellen. So schreibt z.B. Heleno Saña im ND vom 19./20.9.1998 unter der Überschrift „Mythos Proletariat“, daß es eine (subjektiv !) geschlossene Arbeiterklasse, welche die Revolution anstrebe, gar nicht gebe.

Es ist ja nichts Neues, daß nur ein geringer Prozentsatz des internationalen Proletariats von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution überzeugt war und ist. Aber deshalb ist die Arbeiterklasse noch lange kein

Mythos, sondern die objektive Realität als gemeinsam ausgebeutete Klasse - auch wenn ihr Bewußtsein und ihre Wünsche das nicht widerspiegeln und im „bürgerlich-kapitalistischen System die bessere Alternative“ sehen, wie H.Saña feststellt.

Solange es der Kapitalistenklasse aufgrund alter Erfahrungen gelingt, die Arbeiter zu manipulieren und gegeneinander auszuspielen, wird ihre Macht über die Völker bestehen bleiben. Das ändert aber nichts an der wissenschaftlichen Erkenntnis der historischen Mission des Proletariats, selbst die Macht zu ergreifen.

Joachim Kaschig, Berlin-Kreuzberg

Eure Sendung mit den „RotFüchsen“ Nr. 2 bis 7 habe ich mit großer Freude erhalten. Ich habe die Zeitungen sofort mit Interesse und zunehmendem Vergnügen gelesen und ... abgeheftet. Denn was Ihr damit herstellt, ist nicht nur Zeitung schlechthin, sondern auch Dokumentation. Der „RotFuchs“ ist auf dem besten Wege, das zu sein, was Lenin von einer kommunistischen Parteizeitung erwartete: Ein kollektiver Organisator für die Herausbildung starker kommunistischer Organisationen und Förderer der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse.

Der „RotFuchs“ hat von Anfang an ein hohes Niveau. Das ist auch nötig, denn einer der elementaren Fehler der kommunistischen Bewegung war die tödliche Unterschätzung des Klassengegners und die Überschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten.

Wir Kommunisten haben die Talsohle noch nicht durchschritten. Aber wir sehen den steilen Anstieg unseres Weges vor uns. Der „RotFuchs“ wird uns helfen, schneller emporzukommen. Bitte tragt mich in die Verteilerliste ein.

(Anbei 20 DM)

Kurt Walther, Leipzig

Liebe Genossen, ich darf doch diese Anrede benutzen, obwohl ich seit vorigem Jahr nach 50jähriger Mitgliedschaft in SED/PDS nicht mehr Mitglied der PDS bin.

Davon wissend, daß ich immer auf Literatur von links versessen bin, gab mir ein guter Freund den „RotFuchs“ und jetzt erhalte ich ihn per Post. Dafür danke ich herzlich. In der Anlage übersende ich 20 Mark, damit ich ruhigen Gewissens weiterlesen kann. Besonders möchte ich mich für den Artikel von Schnitzler „Entschuldigung!!!“ bedanken, der zum richtigen Zeitpunkt kam! Alles Gute und weiter Erfolg.

Erika Bach, Berlin

Werter Genosse Peter Harzer, Du hast in Deiner im September-Heft veröffentlichten

Zuschrift ein Urteil über den „RotFuchs“ gefällt. Ein vernichtendes Urteil, das Du jenem von Klaus Steiniger entgegenstellst, dem Du implizit unterstellst, schönzufärben und durch Nichtabdruck Deines Beitrages Kritik zu unterdrücken. Danach ist der „RotFuchs“ nicht der Versuch, Interessenten die Möglichkeit zu bieten, sich zu politischen Grundfragen zu verständigen, sondern ein „Blättchen für linke Schöngeister“. Leider hast Du vergessen zu definieren, was Du darunter verstehst. Meintest Du Menschen, die sich auf der Grundlage ihrer in der DDR erworbenen Bildung um Erkenntnisse mühen oder intellektuelle Spinner? Sag es doch einfach!

Aber wie war es zu Marxens Jugendzeiten? Trafen sich in Salons nur „Schöngeister“? Wo entwickelten er und alle anderen Theoretiker ihre Ideen?

Gleichzeitig mit der Feststellung, der „RotFuchs“ sei absolut nicht hilfreich, für praktische Arbeit nutzlos, erhebst Du aber die Forderung, er müsse sich zu den Gründen des Scheiterns der DDR erklären. Zu welchen? Zu allen? Kennst Du sie? Warum haben wir neun Jahre nach dem Scheitern des Sozialismus-Versuchs noch keinen Gründekatalog?

So, wie Du die Forderung formulierst, finde ich sie nicht hilfreich.

Was ganz sicher dem Wohlbefinden der DDR-Bürger und ihrem geistigen Leben abträglich war, war die Besserwisserei und Intoleranz gegenüber anderen Auffassungen und Bedürfnissen. Die sollten beim „RotFuchs“ nicht einziehen und auch nicht ein so aggressiver Ton.

Gerda Klabuhn, JVA Reinickendorf

Wo kann ich besser Klarheit, politische Klarheit gewinnen als beim Studium der Artikel im „RotFuchs“?

Peter Harzers Leserbrief ist mir unverständlich. Seine Redewendungen „kleine Leute“, „jämmerliches Scheitern der DDR“ u.ä. zeigen mir, daß er wohl nicht viel gelernt hat. Und, wie mir scheint, verschießt er Pfeile, die andere spitzten.

Gretel Neumann, Dresden

Einige Bemerkungen zum Artikel „ROT“? „Grün“? im September-„RotFuchs“.

Zu den von Werner Hoppe angeführten Fakten braucht man nichts zu sagen, denn sie stimmen alle. Die „Schandtat“, der SPD-Führung nach 1945 habe ich selbst miterlebt. Trotzdem sollte man bei der Darstellung dieser Dinge aber auch sehen, daß es immer zahlreiche SPD-Mitglieder und Funktionäre, auch bei den Grünen, gegeben hat und heute noch gibt, die mit dem Kurs ihrer Führungen nicht einverstanden waren oder sind. Während des letzten Bundestagswahlkampfes erklärte ich z.B. auf dem hiesigen Marktplatz

einigen Sozialdemokraten an ihrem Informationsstand, warum die DKP trotz Meinungsverschiedenheiten in Grundsatzfragen zur Wahl der PDS aufruft. Ich erhielt darauf die sarkastische Antwort: „Soviele Meinungsverschiedenheiten, wie es sie heute in der SPD über die Linie von Gerhard Schröder, des Genossen der Bosse, gibt, kann es gar nicht zwischen DKP und PDS geben.“

Also, kurz gesagt: Bei jeder notwendigen Anprangerung der offiziellen SPD-Politik sollte man nie den intensiven Kampf der KPD unter Ernst Thälmann um die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten vergessen. Man sollte nie die richtige Einschätzung der Partei außer Betracht lassen, daß der Bruderkampf zwischen KPD und SPD eine der Hauptursachen für die Macht-ergreifung des Hitlerfaschismus in Deutschland war. Wenn man das negiert, kommt leicht ein „Gerüch’le“ (wie die Schwaben hier sagen) von Sektierertum auf. Damit sage ich selbstverständlich nicht, daß der Genosse Werner Hoppe oder sein Artikel sektierisch seien.

Zum Schluß noch. Mit Recht schreibt Klaus Steiniger auf der ersten Seite des „RotFuchs“, daß die Gretchenfrage heute für einen Linken heißt: „Wie hältst Du’s mit der DDR?“ Zur Gretchenfrage gehört aber meiner Meinung nach auch die Vereinigung von KPD und SPD zur SED am 22. April 1946 in Berlin. Unsere stellvertretende Parteivorsitzende, Genossin Bruni Steiniger, hat auf dem 13. Parteitag der DKP in Dortmund den schönen Satz geprägt: „Wir bleiben beim Händedruck von Otto und Wilhelm.“ Das heißt in die Praxis umgesetzt: Scharfe Kritik und Ablehnung aller schändlichen Machenschaften der SPD-Führung und der heute von der SPD geführten Bundesregierung, aber auch unsere Bruder- bzw. Schwesterhand allen kritischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, allen linken SPD-Mitgliedern, Grünen und Angehörigen anderer Parteien und Bewegungen zum gemeinsamen Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau, Neofaschismus und Friedensgefährdung.

Helmut Carduck, Filderstadt

Dank für die Übersendung des „RotFuchs“ mit den vielen guten und interessanten Artikeln. Wir möchten Eure Zeitung weiter zugeschickt bekommen und legen 20 DM für Portokosten bei. Het beste.

Heinz und Lisel Deymann, Nordhorn

In seinem Beitrag „Deutsch und stolz?“ im September-„RotFuchs“ erwähnt Karl-Eduard v. Schnitzler auch den Nazi-Liedtext „Wir werden weiter marschieren, wenn alles in Scherben fällt, denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!“. An diese Strophe erinnert mich ein Erlebnis

in meiner Schulzeit 1937. Als 12-jähriger konnte ich - dank einer finanziellen Hilfe von Verwandten - vier Wochen in einem Kinderferienheim im Tessin verbringen. Während die „kleineren“ Kinder in Grenznähe in Brissago untergebracht waren, lebten die „größeren Jungen“ in der „Villa Fragola“ in Orselina, oberhalb von Locarno. Von der kleinen Straße aus konnte man den Hof nicht einsehen, wo an jedem Morgen die Hakenkreuzfahne gehißt wurde. Zwar war der Württembergische Kinderverschickungsverein eine eher christliche Einrichtung, aber die Erzieherinnen waren ausnahmslos fanatische Nazidamen.

Wenn wir also in Orselina zur Funiculare marschierten, die uns vollends nach Locarno brachte und dort zum Baden am See, in Dreierreihen, im Gleichschritt, zum Gaudium der Tessiner und der vielen ausländischen Kurgäste, mußten wir auch dieses Lied singen.

Aber lange dauerte unser Nazigesang nicht. Denn es hagelte Beschwerden und die Tessiner Fremdenpolizei drohte unverblümt mit der Schließung des Kinderheimes. Was wir danach sangen, weiß ich nicht mehr. Nur: Gleichschritt und martialische Gesten beim Marsch durch das Städtchen blieben und das Gelächter der Zuschauer ebenfalls.

Als wir vor vier Jahren zur Vernissage einer uns befreundeten liechtensteinischen Künstlerin in Locarno fuhren, wurde ich in den mir noch wohl bekannten Straßen und auf der Plaza mit den wunderschönen Arkaden wieder an jene Zeit erinnert, als wir „die ganze Welt erobern“ sollten.

Gerhard Moest, Leipzig

Es wird Zeit, daß ich mich für die Zusendung des „RotFuchs“ bedanke, heute mit einer Spende von 10 Mark. Inhalt und Kommentare der Zeitung entsprechen ganz meinem Geschmack. Sie erinnert mich an meine Kindheit - ich bin Jahrgang 1918. Als Kind war ich im Rotsport, nach 1945 trat ich in die KPD ein. Ich freue mich schon jetzt auf die nächste Sendung.

Erika Marx, Berlin

Eine kleine Spende für den „RotFuchs“, den ich sehr gerne lese. **Patrick Köbele, Essen**

Besten Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Anbei wie vereinbart ein paar Briefmarken. Sollten die Nummern 1 bis 6 noch einmal aufgelegt werden, dann denkt bitte an mich. **Wolfgang Selz, Bernau**

Ich lese sehr gern UZ, „RotFuchs“ und „Anstoß“. Ich finde, daß der „RotFuchs“ einen besonderen Stil hat.

Eunsook Moon, Berlin

Der Artikel „Entschuldigung!!!!“ von Karl-Eduard ist so gut, daß er ja mittlerweile auch von anderen nachgedruckt wird. Er wird nur noch „getoppt“ von dem auf der gleichen Seite eingefügten köstlichen Zitat von Hermann Kant. Da geht, so finde ich, wirklich nichts mehr drüber.

Was ich bei Karl-Eduards Artikel höchst wichtig finde, ist sein Hinweis auf die Verdrehung von Wortinhalten (Kapitalismus - Marktwirtschaft, Weltherrschaftsstreben - Globalisierung usw.) Ich meine, daß wir als Kommunisten uns mit diesen Dingen wesentlich stärker als bisher auseinandersetzen müssen. Der - von Orwell ja ursprünglich als antikomunistische Kampfschrift gedachte - Roman „1984“ formuliert das als „Neusprech“, als eine Umkehrung des Inhalts von besetzten Begriffen. Die deutschen Faschisten haben ihre Partei „national-sozialistisch“ genannt; sie haben die Melodien von Liedern der deutschen Arbeiterbewegung genommen und mit ihren barbarischen Inhalten besetzt; sie haben von Frieden geredet, während sie den Vernichtungskrieg planten und realisierten; sie haben von der Zukunft Deutschlands gesprochen und in den Konzentrationslagern die Menschen umgebracht...

Ohne die Verhältnisse gleichzusetzen, bin ich der Überzeugung, daß die heute wieder und immer noch Herrschenden „ihren“ Goebbels gelernt haben:

Jedes mit „Reform“ verbundene Wort, das sie aussprechen, heißt in der Praxis Gegenreform; die Rentner werden ja nicht ihrer Lebensleistung beraubt, sondern es geht nur um eine Senkung der Progressionsrate; eine Konterrevolution ist natürlich eine demokratische und friedliche Revolution; Kriegsplanung ist die Planung von friedenserhaltenden oder -schaffenden Maßnahmen usw. usw.

Wie weit dieses „Neusprech“ bereits auch Einlaß in linken Kreisen gefunden hat, läßt sich u. a. täglich im ND nachlesen, dem Zentralorgan der Delegitimierung der DDR mit anderen Mitteln...

Heinz W. Hammer, Essen

Das Bedürfnis nach dem „RotFuchs“ wächst immer mehr, auch in unserem Freundes- und Bekanntenkreis, und das regelmäßige Erscheinen der Zeitung, das für uns jedes Mal Grund zur Freude ist, bringt für unsere Gegner nichts zum Lachen. Denn: Jeder Beitrag „sitzt“, „schlägt“ zu, schlägt im besten Sinne ein.

Der „RotFuchs“ wäre einer vieltausendfachen Leserschaft und größter Verbreitung würdig. Wir fragen uns deshalb von Mal zu Mal stärker, was man in dieser Hinsicht tun könnte. Eventuell Zweifach- bzw. Mehrfachbezug durch entsprechend mehr Spenden ermöglichen? (20 Mark von uns sind beigelegt) Oder wären viel-

leicht Abonnements möglich? Ließe sich die Auflage nicht doch irgendwie erhöhen? Vom Inhalt her gibt es im Moment keine Zeitung, die besser wäre als der „RotFuchs“. Ja, die Beiträge sind solcherart, daß man sie sich sämtlich auch in der UZ vorzufinden wünscht, selbst wenn sie im „RotFuchs“ schon vorher erschienen sind. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit der umfangreicheren Verbreitung der Artikel, die ja in gewissem Sinne alle prinzipiellen Charakter tragen und notwendig sind wie das tägliche Brot.

Ohne unserer abonnierten Tageszeitung, der „JW“, Unrecht tun zu wollen (denn sie bemüht sich auf ihre spezielle Weise in ähnlichem Sinne darum) - die „RotFuchs“-Beiträge drücken das aus, was wir leider nirgendwo anders lesen können: Sie bekennen sich ohne Wenn und Aber offen zum wissenschaftlichen Sozialismus. Sie stehen selbstbewußt zu unserer DDR-Vergangenheit und dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat. Sie nennen statt sich zu „entschuldigen“ den Klassenfeind wieder Klassenfeind (und nicht „Sozialpartner“). Was der „RotFuchs“ macht, ist bester sozialistischer Journalismus, Monat für Monat, nun schon acht mal. Das verdient höchste Wertschätzung und Unterstützung. Den aktiven Mitarbeitern gebührt Dank und Achtung und der Wunsch, daß sie uns lange erhalten bleiben. Ein Glück, daß es sie gibt. Hier ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Stück marxistisch-leninistische Partei erhalten geblieben, bzw. wieder zu Wort gekommen.

Der Artikel über das Auftreten des Genossen Kurt Gossweiler (in Nr. 7) hat uns persönlich besonders berührt. Zum einen ist sein neues Buch „Wider den Revisionismus“ nach unserem Wissen das beste Buch, das wir zu diesem lebenswichtigen Thema je in Händen hatten. Wir haben es beide gelesen, als ob wir unser eigenes Leben noch einmal, nunmehr aber viel klarer und bewußter verstehend nachlesen.

Zum anderen habe ich (Alfred) das Bedürfnis, Genossen Gossweiler auf diesem Wege meinen persönlichen Dank nicht nur für dieses dringend notwendige Buch, sondern auch noch einmal dafür auszudrücken, daß er vor genau 50 Jahren, im Herbst 1948, mein Lehrer an der Berliner Bezirksparteischule in Liebenwalde war. Daß uns damals Genossen wie er gelehrt und erzogen haben, darüber bin ich bis heute froh und dankbar. Die Erinnerung daran ist über fünf Jahrzehnte hinweg lebendig geblieben.

Anny und Alfred Wagner, Berlin

Der September-„RotFuchs“ war Klasse! Bin schon auf den nächsten gespannt. Werde auch eine kleine Spende überweisen (anbei 10 Briefmarken). Am heutigen „Tag der Aktivisten“ (13. 10.) die herzlichsten Grüße, auf daß wir immer Aktivisten unserer Sache bleiben.

Dieter Itzerott, Torgau

Am Rande bemerkt

□ Der „Tagesspiegel“ vom 2.8.1998 zitiert ein merkwürdiges Urteil des Landgerichts Zwickau (**Az 6 S 152/97**): „Der Erwerber einer Mietwohnung, in der sich ein älterer Mieter befindet, muß sich darüber im klaren sein, daß das deutsche Recht ein soziales Mietrecht ist, und gerade ältere Menschen nicht ohne weiteres aus einer Wohnung gekündigt werden können. Dies gilt auch für einen Erwerber, dem die rechtliche Situation nach der Wende neu war.“ Also Herr Richter, wir vermuten, Sie wollten sagen, das deutsche Mietrecht sei ein soziales Mietrecht (daß inzwischen niemand mehr von „sozialer Marktwirtschaft“ spricht, sollte doch zu denken geben ...) – nein, es ist ein nacktes kapitalistisches Mietrecht mit einigen wenigen Einschränkungen. Während sonst ganz unsozial ohne weiteres Mietern gekündigt werden kann, ist das bei älteren (oder kranken) Mietern zum Bedauern der Vermieter (leider) etwas schwerer. ... Und mit dem „Erwerber, dem die rechtliche Situation nach der Wende neu war“, kann eigentlich nur ein tumber „Wessi“ gemeint sein, der gedacht hat, in den fünf neuen westdeutschen Kolonien würden nach der Rück-„Wende“ für die Eingeborenen nicht einmal die wenigen Einschränkungen gelten, die es im kapitalistischen Mietrecht (noch) gibt.

Rückschauend

Rückschauend

Auf eine Wegstrecke:

Trümmergebirge,

Gräber-Unendlichkeiten –

Zeugen

Zweier Weltkriege –

Rückschauend

Durchschaue ich das Heute

Und prüfe es darauf hin,

Welche Kräfte am Werke sind,

Wieder Unheil zu stiften,

Und welche Kräfte am Werke sind,

Den Frieden zu begründen,

Fest,

Ein für allemal.

Rückschauend

Das Heute durchschauend,

Wendet sich

Der Blick

Ins Künftige.

Den Menschen sichtigend:

Frei,

Einfach,

Schön,

Dem Traum entstiegen

Der Jahrhunderte.

Johannes R. Becher (* 11. 10. 1958)

□ Für die meisten der rund 115 Millionen **Kinder Osteuropas** haben sich die Lern- und Entwicklungsbedingungen seit 1989 drastisch verschlechtert. Schwerpunkt des UNICEF-Osteuropa-Reports 1998 ist die Bildungssituation in 27 Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion: In praktisch allen Ländern sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung gesunken. Rund 32 000 Kindergärten wurden in diesen Staaten seit Anfang der 90er Jahre geschlossen. Viele Kinder erhalten deshalb keine vorschulische Förderung und auch keine regelmäßige Gesundheitsvorsorge mehr. Im Kaukasus und den zentralasiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion wird heute jedes siebte Kind gar nicht mehr eingeschult ... (Aus UNICEF-Nachrichten, September 1998)

□ Als indirekte Antwort auf unsere **Umfrage zur DDR** (RotFuchs Nr. 7 u. 8) las ich in „Kapital, Crash, Krise ... – Fragen an Sarah Wagenknecht“, Pahl-Rugenstein, Bonn 1998, ISBN 3-89144-250-5:

„Ich glaube, daß sich viele DDR-Bürger die soziale Sicherheit, in der sie damals leben konnten, sehr wohl zurückwünschen würden. Es gab nicht diese tägliche Angst um den Arbeitsplatz. Niemand mußte sich sorgen, ob die eigenen Kinder nach dem Schulabschluß auf der Straße sitzen oder eine der raren Lehrstellen abbekommen. Niemand hatte Angst vor der nächsten Mieterhöhung. Oder davor, krank zu werden und die entstehenden Kosten nicht tragen zu können. Mit dieser sozialen Absicherung waren auch die Verhältnisse zwischen den Menschen andere geworden. Die Wolfsgesetze der kapitalistischen Konkurrenz, wo sich jeder gegen jeden durchkämpfen muß, galten nicht mehr. Die Schwachen wurden nicht sich selbst überlassen. ... Das Klischee vom Leben in der DDR, das im Westen kursiert, stimmt einfach nicht. Es ist doch kein Zufall, daß es nur bei denen umgeht, die die DDR nicht aus eigenem Erleben kennen. Da ist es natürlich leicht, Horrorvisionen zu zeichnen. Als hätten wir in tiefster Not gelebt und hinter jeder Ecke die Stasi gelauert ... Niemand behauptet, daß die DDR-Verhältnisse optimal waren. Gerade in den Endjahren waren sie das immer weniger. Aber diese existentiellen Nöte, mit denen die Menschen heute konfrontiert sind, haben wir zu DDR-Zeiten nicht gekannt. Das ist nicht Verklärung, das ist Tatsache. ... Worin sich die DDR von den heutigen Verhältnissen wirklich unterschied, das waren nicht ihre Versäumnisse, sondern ihre Qualitäten.“

W.M.

Herzliche Glückwünsche

Am 14. November begeht

Genosse Pfarrer Dr. DIETER FRIELINGHAUS

in Brüssow seinen 70. Geburtstag. In dem humanistischen Theologen, gebildeten Marxisten, beispielhaften Menschenrechtler und standhaften Klassenkämpfer grüßen wir einen Mann von seltener Transparenz und Lauterkeit, der menschliche Wärme mit kühler Besonnenheit, kluges Kalkül mit volknaher Sprache verbindet. Gesundheit, Kraft und Mut wünscht Dir, lieber Dieter, die
DKP Nordost

Genosse FRITZ TEPPICH

vollendet am 26. November sein
80. Lebensjahr.

Roter Pfadfinder, Überlebender der Shoa, dessen nächste Angehörige von den deutschen Faschisten in Auschwitz ermordet wurden, Offizier der Spanischen Volksarmee in den denkwürdigen Tagen des Kampfes gegen Franco, Hitler und Mussolini, politischer Emigrant in Portugal, Journalist für ein besseres Deutschland, Gewerkschafter und Friedensaktivist, Herausgeber der Zeitschrift „Ex-Trakt“ und - vor allem - Zeit seines bewußten Lebens ein standhafter Kommunist, ist er ein Vorbild für nachfolgende Generationen. Herzlich gratuliert Dir, lieber Fritz, die
DKP Nordost

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock, Dr. Sigmar Eßbach,
Dr. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer, Walter Florath,
Wolfgang Metzger,
Katrin Hellwig, Werner Hoppe,
Prof. Dr. Ulrich Huar,
Prof. Dr. Eike Kopf
Rainer Rupp, Harry Schmitt,
Karl-Eduard v. Schnitzler,
Anatoli Shinin (SHAHAR)
Dr. Hartwig Strohschein,
Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Worauf zielt die NATO-Osterweiterung?

Wir diskutieren mit einem führenden Militär der Nationalen Volksarmee und Verfolgten der bundesdeutschen Klassenjustiz,

GENERALOBERST A.D. FRITZ STRELETZ,

am 30. Oktober 1998 um 19.00 Uhr im „Blauen Salon“ des ND, Alt-Stralau 1-2.

DKP Berlin

Achtung - Bezirksmitgliederversammlung

Alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, am Sonnabend, dem 31. Oktober 1998, von 10.30 bis 15.00 Uhr an der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Berlin im Haus am Franz-Mehring-Platz 1 teilzunehmen.

Das Thema lautet:

Die nächsten Aufgaben der Berliner Bezirksorganisation nach den Bundestagswahlen.

Die Gruppe Nordost lädt für Dienstag, den 24. November 1998 um 19.00 Uhr zu einer Bildungsveranstaltung im alten ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz zu dem Thema „Arbeitslosigkeit - überwindbar?“ ein.

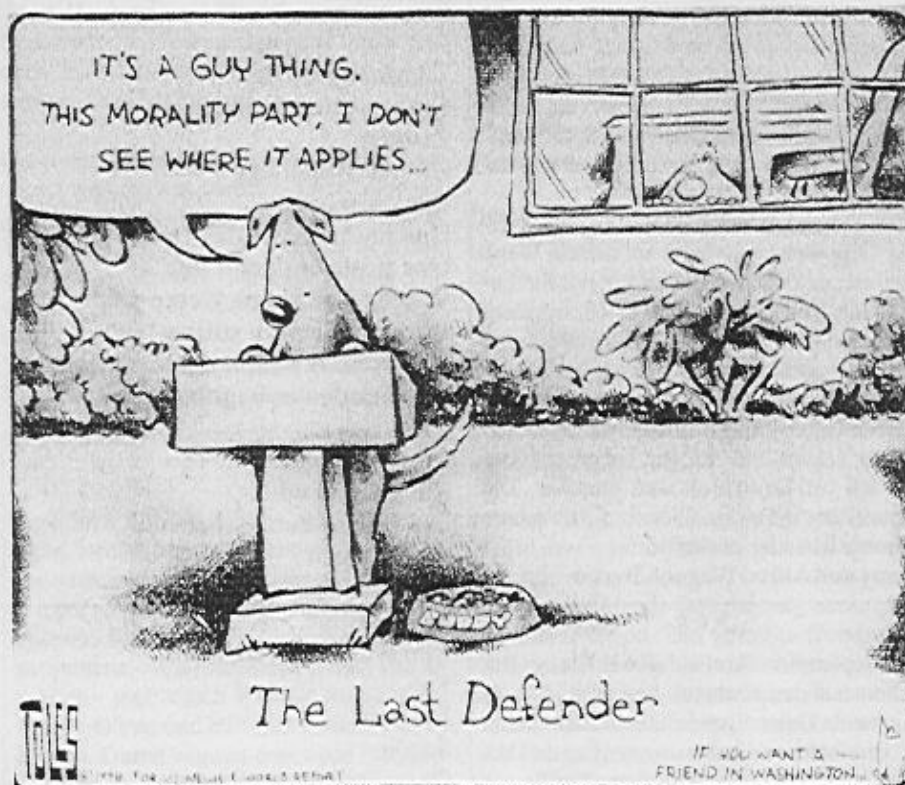
Gesprächspartner sind die Ökonomen DR. ANNEMARIE MÜHLEFELDT und DR. HARTWIG STROHSCHNEIN.

22.11.1998, 11.00 Uhr

Nachdenken über Ernst Busch

6. Gespräch mit ROLF LUKOWSKY, EBERHARD RICHTER und HANS-JÜRGEN SCHAEFER,
Lokal: Pankow, Breitestr. 48

Unserem lieben WALTER einen Gruß in fester Verbundenheit zu seinem Geburtstag am 24. November.



Der letzte Verteidiger

„Es ist Mannersache. Dieses Moralding. Ich sehe nicht, wo es sich anwenden ließe...“